

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 13.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 29. März 1913.

Redakteur: A. Gutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Die grosse Aussperrung im Krefelder Textilindustriebezirk.

Der Kampf der Färbereiarbeiter in Krefeld hat nunmehr weitere Kreise der Textilarbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen. Wie wir in Nr. 11 bereits berichteten, hatten die Unternehmer den Beschluß gefaßt, in sämtlichen Textilbetrieben von Krefeld und Umgebung die Arbeiter auszusperrn. Dieser Beschluß ist mittlerweile zur Tatsache geworden. Die Zahl der Ausgesperrten beläuft sich auf ca. 20000.

Unser Verband ist von allen Organisationen am stärksten, und zwar mit nahezu 6000 Mitgliedern gegenüber ca. 4000 des „deutschen“ Verbandes beteiligt.

Schon deswegen, und auch weil die Situation mittlerweile eine gewisse Klärung erfahren hat, möchten wir heute ausführlich über den bisherigen Verlauf und den jetzigen Stand der Bewegung berichten.

Der Tarifvertrag der Färber war am 4. Dez. 1912 abgelaufen. Am 22. Okt. vorigen Jahres schon reichten der „deutsche“ und unser Verband gemeinsam einen neuen Lohnvertrag ein. Nach mehrmaligen Verhandlungen machten die Unternehmer im Dezember folgende Zugeständnisse:

Die Färbergesellen einschließlich der Couleurfärber erhalten 1 M. pro Woche mehr, ebenso die Arbeiterinnen über 22 Jahre. Die Löhne der Lehrlinge werden in der ersten Position um 2 M., in den zwei letzten Positionen um je 1 M. pro Woche erhöht. Für Ueberstunden werden den ausgelernten Färbern und den Couleurfärbern 5 Pfg. mehr wie bisher bewilligt. Außerdem tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1 Stunde pro Woche ein.

Den Färbern waren diese Zugeständnisse für eine dreijährige Tarifdauer zu gering. Sie wünschten die Lohnsätze der ausgelernten Gesellen und der Couleurfärber sofort um weitere 50 Pfg. und ab 1. Dezember 1913 abermals um 50 Pfg. erhöht und die Arbeitszeit um 2 Stunden pro Woche verkürzt. Die Unternehmer lehnten das ab und machten die bisher gewährten Lohnzulagen von einer dreijährigen Vertragsdauer abhängig. Die Arbeiter beschloßen daraufhin, auf den Abschluß eines Tarifvertrages vorerst zu verzichten. Die Verhandlungen sollten zu gelegener Zeit wieder aufgenommen werden.

Diese

Wiederaufnahme der Verhandlungen

erfolgte Ende Januar 1913. Am 27. 1. wurde von beiden Verbänden abermals eine Eingabe an die Unternehmer gemacht. In dieser heißt es:

Als Unterlage für eventuelle Verhandlungen möge die Ihnen im Okt. 1912 zugegangene Tarifvorlage dienen. Um aber zu einer Verständigung zu gelangen, geben wir heute schon an, auf welcher Basis das geschehen kann:

1. Die Löhne. Für ausgelernte Gesellen und Couleurfärber in allen Altersklassen Erhöhung des Wochenlohnes jetzt um 1,50 M., ab 1914 um weitere 50 Pfg.
 2. Für alle Arbeiterinnen wird der Wochenlohn um 1 Mark erhöht.
 3. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit währt in allen Betrieben von früh 7 Uhr bis abends 6.30 Uhr. Mittagspause von 12 bis 1.30 Uhr. Arbeitsluß an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage nachmittags um 4.30 Uhr.
 4. Gesehliche Feiertage werden bezahlt.
 5. Die Tarifgültigkeit wird ausgedehnt auf die in den Stückfabriken Beschäftigten, mit der Maßgabe, daß für die Färbereiarbeiter die Löhne besonders festgesetzt werden.
- Eine diesbezügliche Vorlage werden wir Ihnen noch zugehen lassen.

Die Unternehmer gingen darauf nicht ein, erklärten sich aber zu weiterem Entgegenkommen bereit. Außer den oben erwähnten, im Dezember 1912 gemachten Zugeständnissen wollten sie den

ausgelernten Färbergesellen und den Couleurfärbern ab 6. Dezember 1913 eine weitere halbe Mark pro Woche bewilligen. Dafür sollte aber die Tarifdauer auf 3 $\frac{1}{4}$ Jahren verlängert werden. Die Arbeiter lehnten das ab.

Da die Unternehmer zu weiterem Entgegenkommen vorerst nicht zu bewegen waren, reichten die Arbeiter am 21. Febr. die eintägige Kündigung ein und traten am 22. in Streik. Am 25. Februar fanden dann auf der Handelskammer in Krefeld Verhandlungen statt, im Beisein von Vertretern des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie. Die Färbereibesitzer erklärten sich hier bereit, außer den im Dezember 1912 gemachten Zugeständnissen den ausgelernten Gesellen und Couleurfärbern aller Altersklassen **bereits ab 7. Juni 1913 weitere 50 Pfennig pro Woche** zu bewilligen; ferner wollten sie statt wie bisher nur sechs, in Zukunft sieben Feiertage, nämlich noch den Allerheiligentag, bezahlen; die Arbeitszeit sollte an Samstagen für männliche Arbeiter auf 9 Stunden beschränkt und Ueberarbeit an diesen Tagen nur dann verlangt werden, wenn technische Gründe dies erfordern. Ueber die Löhne der Stückfärber sollte eine gemeinschaftliche Kommission sofort in Beratung treten. Diese Zugeständnisse machte der Arbeitgeberverband von der Bedingung abhängig, daß der Vertrag auf 3 $\frac{1}{4}$ Jahre abgeschlossen und die Arbeit am Freitag, den 28. Febr., wieder aufgenommen würde.

Am 27. Febr. nahm der sozialdemokratische Verband dazu Stellung. In einer angenommenen Resolution bezeichnete er das Entgegenkommen der Unternehmer als „nicht unbeträchtlich“, aber als noch unzureichend. Er schloße einen Vertrag „nur dann“ ab, wenn der Lohn der Färbergesellen im zweiten Tarifjahr um weitere 50 Pfg. und jener der Mädchen unter 22 Jahren jetzt um 50 Pfg. und im zweiten Tarifjahr ebenfalls um 50 Pfg. pro Woche erhöht und auch die übrigen, am 27. 1. eingereichten Forderungen nebst der dreijährigen Tarifdauer erfüllt würden. Unsere Vertreter hielten ebenfalls noch in einer gesonderten Eingabe, die allerdings das bezeichnende „nur dann“ nicht enthielt, an den früheren Forderungen fest. Sie taten es trotz schwerer Bedenken. Diesen hatten sie in einer gemeinsamen Sitzung angesichts der drohenden Aussperrung den sozialdemokratischen Verbandsvertretern gegenüber bereits Ausdruck verliehen. Sie wollten aber der Geschlossenheit halber bis zur äußersten Grenze gehen und kein Mittel unversucht lassen, um weitere Zugeständnisse zu erlangen.

Die Unternehmer blieben fest. Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie hatte bereits **die Aussperrung beschlossen**. Am 8. März ersuchten die Arbeiter den Herrn Oberbürgermeister um Vermittlung. Dieser sagte zu; seine Bemühungen waren aber erfolglos. Am 15. März erfolgte die Kündigung der Arbeiter in sämtlichen Textilbetrieben. Damit war mit einem Schlag

eine ganz neue Situation

geschaffen. Jetzt handelte es sich nicht mehr um die Färber allein, jetzt kamen die Interessen der Gesamtarbeiterschaft in Frage. Die Organisationen hatten jetzt zu entscheiden, ob sie angesichts der von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse und der verbleibenden Forderungen, sowie angesichts der Zukunftsaussichten die Aufnahme eines solchen Kiesenkampfes zu verantworten vermöchten.

Kurz vor dem Inkrafttreten der Aussperrung hatten unsere Verbandsvertreter nochmals eine Be-

sprechung mit denen des „deutschen“ Verbandes. Unsere Kollegen ließen keinen Zweifel darüber, daß sie angesichts der v-liegenden Situation die Aufnahme der Aussperrung nicht zu rechtfertigen vermöchten. Die sozialdemokratischen Vertreter wußten gegen die schwerwiegenden Bedenken unserer Kollegen sachlich nichts zu entgegnen. Ihr Haupteinwand war: Den Arbeitgebern müsse die Sucht, bei jeder Gelegenheit auszusperrn, mal ausgetrieben werden. Auf unsere Veranstaltung hin unternahmen dann die Zentralverbände der beiden Verbände, Herr Hübsch-Berlin sowie unser Kollege Schiffer am selben Tage nochmals Rücksprache mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes, der jedoch betonte, auf ein weiteres Entgegenkommen der Unternehmer sei nicht mehr zu rechnen.

Das Hauptbedenken der sozialdemokratischen Führer und Mitglieder gegen den Tarifabschluß ist angeblich der **Ablaufstermin**. Es ist dies der Dezember 1916. Auch unsere Kollegen betrachteten den Termin wegen der in der Regel herrschenden Geschäftslage als ungünstig. Dieser Endtermin wurde so geradezu zum

Angelpunkt der Bewegung.

So hieß es in der sozialdemokratischen „Nieder-rheinischen Volkstribüne“ am 6. März 1913:

„Weiter behaupte ich sowie alle anderen Färbereiarbeiter, daß gerade in der Tarifdauer der ganze Schwerpunkt liegt. Warum wollen die Herren Arbeitgeber denn eigentlich den Tarifabschluß vom März bis Dezember? Doch nur darum, daß sie uns dann einen nur für sie günstigen Lohnvertrag aufzwingen wollen.“

Daselbe Blatt schrieb acht Tage später, am 14. März noch folgendes:

„Denn die Festsetzung des Ablaufs des Färbertarifs auf den 6. Dezember sollte es ihnen ermöglichen, die Färbereiarbeiter zu einer Zeit auszusperrn, wenn an und für sich ein schlechter Geschäftsgang ist und die vielen Feiertage die Arbeiter wirtschaftlich widerstandsunfähiger machen als sonst. Das war der sein ausgeklügelte Plan der Unternehmer. Und wenn sie ihn noch so oft zu bemänteln versuchen: Es glaubt ihnen doch niemand ihre Beteuerungen, der nur einigermaßen denken kann. Der **Ablaufstermin des Tarifs ist und bleibt der eigentliche Angelpunkt des Tarifs.**“

Da es in der vom „deutschen“ Verband am 27. Februar angenommenen Resolution heißt, daß der Tarif „nur dann“ abgeschlossen werde, wenn sämtliche Forderungen erfüllt würden, war angesichts der obigen Äußerungen das Verhalten des „deutschen“ Verbandes ein widerspruchsvolles. Eine neue Sondierung durch unsere Verbandsvertreter ergab nun, daß bezüglich des „Angelpunktes“ der Bewegung eine Verständigung doch noch möglich sei. Sie ersuchten darum am Samstag, den 15. März, den Ganleiter des „deutschen“ Verbandes, er möge dessen Mindestforderungen einmal klipp und klar formulieren. Das wurde für denselben Abend oder für den folgenden Montag zugesagt. Die Antwort blieb aus. Auf telefonische Anfrage hin erklärte schließlich der Vertreter des „deutschen“ Verbandes, ihre Kommissionsmitglieder hätten über das Ersuchen unserer Vertreter gelacht. Auf die bestimmte Anfrage hin, ob der „deutsche“ Verband denn nicht alles tun wolle, um die Aussperrung zu vermeiden, erwiderte dessen Vertreter:

„Der „deutsche“ Verband lehne es zur Zeit ab, einen weiteren Einigungsversuch zu unternehmen. Er sei seinerseits der Ansicht, die Arbeiter hätten Entgegenkommen genug gezeigt, jetzt müsse der Kampf entscheiden.“

Und dies trotzdem schon anfangs März eine von beiden Verbänden einberufene Versammlung der

Ausschüsse aus den Betrieben des Seibengeröres nach Befürwortung durch die Verbandsvertreter fast einstimmig beschloß, die Lohnkommission der Färber zu ersuchen, „kein Mittel unverzucht zu lassen, um vor der Aussperrung eine Verständigung herbeiführen zu helfen“.

Unsere Verbandsvertreter unternahmen nun im Einverständnis mit der Kommission unserer Färbereiarbeiter selbständig einen neuen Vermittlungsversuch. Dieser hatte insofern Erfolg, als die Unternehmer sich bereit erklärten, eine Verpflichtung einzugehen, nach der sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter bis 31. März 1917 auf das Recht der Aussperrung und des Streiks verzichten, sofern bis zum Ablauf des Vertrages eine neue Vereinbarung nicht zustande kommt.

Die Frist von Dezember bis März soll dann zu weiteren Verhandlungen zwecks Erreichung einer Verständigung benutzt werden. Damit waren die gegen den Endtermin geäußerten Bedenken beseitigt.

Nunmehr war auch der Zeitpunkt gekommen, wo es galt,

die Stellung unseres Verbandes

öffentlich darzulegen. Das geschah in einer für unsere Mitglieder auf Montag, den 16. März, einberufenen Versammlung. Das Referat hatte Kollege Schiffer übernommen. Die Stellung unseres Verbandes skizzierte er wie folgt: Die Forderungen der Färbereiarbeiter seien berechtigt. Von den Unternehmern hätte man erwarten dürfen, daß sie auch bezüglich der Restforderungen noch einiges Entgegenkommen gezeigt hätten.

Die Lohnzulagen betragen durchschnittlich 7% und repräsentieren einen Gesamtwert von ca. 250 000 M. pro Jahr. Die noch vorhandenen Differenzen seien nicht groß und wichtig genug, um die Aufnahme des Nietenkampfes zu rechtfertigen. Ein Sieg der Arbeiter sei kaum zu erwarten. Selbst, wenn der Kampf noch einen kleinen Erfolg zeitige, sehe dieser in keinem Verhältnis zu den gewaltigen Opfern, die er erfordere. Eine Niederlage der Arbeiter aber werde sehr wahrscheinlich die Zurückziehung der bereits gemachten Zugeständnisse, vielleicht sogar die Einführung von Verschlechterungen in Form der Akkordarbeit und des Prämiensystems zur Folge haben.

Recht sonderbar erscheine angesichts dessen die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes.

Dieser sei in seinen eigenen Domänen in den letzten Jahren sämtlichen großen Aussperrungen gefliessenlich aus dem Wege gegangen und zwar, ohne Erfolge in der hier vorliegenden Höhe verzeichnen zu können. Und jetzt diese Halsstarrigkeit! Diese müsse ihre besonderen Gründe haben. Einmal seien die Zügel den Händen der Führer entglitten. „Wir haben zu bestimmen“, sei die Parole der Färber. Diese seien aber die gewerkschaftliche und politische Kerntruppe der Sozialdemokratie. Ihnen wage man nicht vor den Kopf zu stoßen. Insofern dürften auch politische Hintergedanken bei der Bewegung mitspielen. Dann aber sei der christliche Verband im Verhältnis zu den Mitgliederzahlen der beiden Verbände ca. fünfmal so stark engagiert wie der sozialdemokratische. Und die Absicht, unseren Verband recht bluten zu lassen, dürfe die Haupttriebfeder für das vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte aus unbegreifliche Verhalten des „deutschen“ Verbandes sein. Diese Ueberzeugung müsse man gewinnen. Dazu komme, daß

in Eberfeld-Barmen, dieser Domäne des roten Verbandes, Streitarbeit gemacht werde.

Der „deutsche“ Verband aber fühle sich anscheinend nicht bemüht, dem einen Kiegel vorzuziehen. So könne gegen dessen Verhalten nicht entschieden genug protestiert werden.

Auch die Handlungsweise der Arbeitgeber sei nicht zu rechtfertigen. Hierzu führte Kollege Schiffer wörtlich aus:

„Wenn es schon wadern gemorden ist, daß die organisierten Arbeitgeber die Streiks der Arbeiter meist mit Aussperrung beantworten, so hätten sie doch die Pflicht, darauf zu sehen, daß nicht viele tausend unbeteiligte, unschuldige Arbeiter mit ihren Familien davon betroffen werden. (Sehr richtig.) Der grundsätzliche

Standpunkt des christlichen Verbandes dürfte auch den Arbeitgebern nicht unbekannt sein. Deshalb ist die Frage berechtigt: Weshalb sperren die Arbeitgeber in der Mehrzahl christliche Arbeiter aus, wenn sie mit den Sozialdemokraten Differenzen haben!“

Zum Schluß betonte Kollege Schiffer:

„Wir werden unsererseits — wenn auch allein — erneut Friedensversuche machen. Für meine Person bin ich durchaus überzeugt, daß sich schließlich in der Frage des Endtermins für den Tarifvertrag eine Einigung erzielen lassen würde, wenn nur die Sozialdemokraten ernstlich wollten.“

Dieser erneute Friedensversuch war unsererseits bereits eingeleitet und hatte, wie oben schon erwähnt, den Erfolg, daß die Unternehmer einer Formel zustimmten, die die Bedenken bezüglich des Endtermins illusorisch macht. Die Genossen aber haben trotz einer Intervention des Herrn Oberbürgermeisters ihre Zustimmung noch nicht erteilt. Sie wollen offenbar den Kampf unter allen Umständen.

So liegen bis jetzt die Dinge. Ob den Genossen nicht doch noch vor der Verantwortung graut, die sie auf sich genommen? Auf unserer Seite aber sind sich Mitglieder und Führer einig in der Beurteilung der sozialdemokratischen Taktik. Die Beendigung der Bewegung liegt leider nicht in unserer Hand. Von den Färbern ist nur ein kleiner Bruchteil christlich organisiert. Trotzdem wird unsererseits nach wie vor alles geschehen, um eine möglichst baldige Beilegung des Kampfes zu erzielen.

* * *

Was steht auf dem Spiele?

Den ausführlichen Darlegungen über den Kampf sei noch folgendes beigefügt: Wie wenig sich die Aufnahme des Kampfes vom gewerkschaftlichen und vom Arbeiterstandpunkt aus rechtfertigen läßt, beweisen die zahlenmäßigen Darlegungen, die der Kreisleiter Lokalbeamte unseres Verbandes, Kollege Marquardt, in einer Versammlung unserer streikenden und ausgesperrten Mitglieder machte. Darnach wird eine vierwöchige Aussperrung an Opfern erfordern: Streikunterstützung 400 000 M., Lohnausfall für die streikenden und ausgesperrten organisierten Arbeiter 720 000 M., Lohnausfall für die unorganisierten Arbeiter 290 000 M., macht innerhalb 4 Wochen 1 410 000 M. Was will es angelichs solcher Summen, die geopfert werden müssen, bedeuten, wenn nach mehrwöchigem Kampfe vielleicht noch ein kleines Zugeständnis erungen wird? Wären für den „deutschen“ Verband nur gewerkschaftliche Gesichtspunkte maßgebend, dann müßte schon der kalt rechnende nüchterne Verstand die Leitung des Verbandes veranlassen, den Kampf abzubrechen.

Hornberger Schießübungen.

Schlußbetrachtung.

„Bei all diesen angekündigten Aussperrungen erklärten die sozialdemokratischen Führer mit bombastischem Wortschwall, daß der ihnen aufgedrängte Kampf durchgeschoben würde. Aber alle diese Bewegungen nahmen für die „Deutschen“ ein unruhliches Ende.“

In diesem Zitat, das wir an die Spitze unserer Artikelserie stellten, haben wir diesmal lediglich statt „Christenführer“ sozialdemokratische Führer und im letzten Satz statt „Christen“ „Deutschen“ gesetzt, und siehe, es paßte ausgezeichnet zur Charakterisierung der von uns geschilderten Bewegungen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Jedenfalls haben wir gezeigt, daß der „Textilarbeiter“ alle Veranlassung hat, nicht mit Steinen nach anderen zu werfen.

Bemerkenswert ist vor allem die Unwahrhaftigkeit mancher Führer des sozialdemokratischen Verbandes. Da werden mit bombastischem Wortschwall — um im Jargon des „Textilarbeiters“ zu reden — Bewegungen eingeleitet, die Arbeiter mit Krampfkrämpfen heimsucht und die Kampfesstimmung bis zur Siedehitze gesteigert. Die Arbeiter vermeinen die Genehmigung zum Kampf zu haben. Man läßt sie in diesem Glauben. Kurz vor oder direkt nach Ausbruch des Streiks oder der Aussperrung kommt dann der Stin von oben. Es stellt sich heraus, daß die Genehmigung zum Kampf nicht vorliegt. Die Bewegung wird zumeist unter Äußerung eines Zentralbeamten rücksichtslos abgewürgt, die Arbeiter haben den Schaden und mit der Organisation die Blamage. So war es z. B. in Eberfeld bei der Stoffweberbewegung und bei der Bewegung in Göttingen im Jahre 1907, als auch bei der Tarifbewegung in Neumünster 1912. Was wunder, wenn dann im gegebenen Moment die enttäuschten Mitglieder rebellisch werden und sich gegen die eigene Verbandsleitung auflehnen; wenn sie das Vertrauen zu ihren Führern verlieren und diese die Massen in Zukunft nicht mehr in der Hand haben?

Was mag diese „Führer“ veranlassen, so gewissenlos und unverantwortlich zu handeln? Dafür gibts

nur die Erklärung: Es ist das agitatorische Moment, das Bestreben, die Arbeitermassen möglichst in ihrer Gesamtheit für den sozialistischen Gewerkschafts- und Parteigedanken zu gewinnen. Und im Wesen dieser sozialistischen Agitation liegt es, die Massen aufzupeitschen und zu radikalisieren. Das besorgt ja auch der „Textilarbeiter“ recht gründlich. Sind die Massen aber mal so weit, dann haben die „Führer“ den Mut und wohl auch die Macht nicht mehr, die von ihnen und ihrer Presse gerufenen Geister zu bannen. So kommt es dann zur gewerkschaftlichen Katastrophe.

Berwunderlich erscheint, daß die berart betrogenen Arbeiter trotzdem ohne weiteres Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes bleiben, oder, wenn sie in berechtigter Entrüstung das Verbandsbuch zerrissen und austraten, früher oder später doch wieder in ihm landen. Auch das ist erklärlich. Wo sollen diese Arbeiter hin? Sene, die innerlich zu uns gehören, treten vielleicht dem christlichen Verbands bei. Den überzeugten Genossen aber trennt von uns eine Weltanschauung. Zu den Anarchos will er nicht; die sind bedeutungslos, außerdem käme er dabei mit seiner Partei in Konflikt. Schließlich treibt ihn das Bestreben nach wirtschaftlicher Besserstellung doch wieder in die sozialdemokratische Organisation hinein. Das wissen die Führer. Darum auch können sie sich manches erlauben, was in den christlichen Gewerkschaften nicht nur vom grundsätzlichen Standpunkt aus, sondern auch mit Rücksicht auf die Mitglieder rein unmöglich wäre. Das weiß auch die sozialdemokratische Verbandsleitung. Darum drückt sie gewöhnlich ein Auge zu und unterläßt es, solche Beamte für ihr unverantwortliches Treiben gebührend zur Rechenschaft zu ziehen. Die Gewerkschaftsbewegung als solche aber hat den Schaden davon.

Wir haben mit unserer Artikelserie weiter bewiesen, daß es der „deutsche“ Verband auch ausgezeichnet versteht, selbst bei genehmigten Bewegungen zurückzuhupfen. Das hat er z. B. in Sachsen-Thüringen 1905, in Langenbielau 1907 und in Forst 1910 getan. Bei all diesen Bewegungen nahmen — um mit dem „Textilarbeiter“ zu reden — die „deutschen“ Führer „den Mund recht voll“, als aber die Unternehmer zum Schlag ausholten, da „knappten diese Helden zusammen wie Taschmesser“. Nahm der „deutsche“ Verband aber den Kampf mal auf, dann erlitt er zumeist eine eklatante Niederlage. Niederlagen kann ja nun allerdings jede Organisation erleiden, wenn es auch nicht jeder passiert, daß sie unter so blamablen und demütigenden Bedingungen Frieden schließen muß, wie der „deutsche“ Verband beim Kampf im Erzgebirge 1908. Was man aber von einer Organisation resp. von deren Führer mit Recht verlangen kann, ist, daß derartige gewerkschaftliche Dummheiten, wie sie z. B. kürzlich wieder durch die sozialdemokratischen Führer bei den Bewegungen in Mühlhausen (Elsas) und Göttingen verübt wurden, unterbleiben. Eine derartige Taktik kommt tatsächlich einem Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft gleich.

Hervorzuheben ist endlich noch die im „deutschen“ Verbands übliche Doppelmoral. Dort, wo der „deutsche“ Verband maßgebend ist, wo es ihn was kostet, verlangt er von seinen Mitgliedern Einhaltung der statutarischen Bestimmungen. Glaubt er aber ein agitatorisches Geschäft zu machen, dann kann er auch anders. Vor allem dann, wenn christlich organisierte Arbeiter statutwidrig vorgehen, sind die „deutschen“ Führer sofort bei der Hand, das Vorgehen zu rechtfertigen und die disziplinenlosen Mitglieder aufzuheben und in ihrem Verhalten zu bestärken. Sie tun das, um dann im Trüben fischen zu können. Man scheut selbst davor nicht zurück, die eigenen Mitglieder unter Kontraktbruch in einen aussichtslosen wilden Streik hineinzutreiben, wenn man glaubt, die Mehrheit der christlich organisierten Arbeiter gegen den Willen ihrer Führer mitzueilen und der verhassten christlichen Organisation einen Schlag verfehen zu können. Das haben wir an dem Beispiel in Mühlhausen (Firma Baucher) 1907 gesehen. Jüngst noch kam es in M. Gladbach in einem kleinen Betrieb zu einem wilden Streik. Wir waren mit 15, der sozialdemokratische Verband mit 5 Mitgliedern beteiligt. Unsern Mitgliedern wurde sofort bedeutet, daß sie die Verantwortung selbst zu tragen und auf Unterstützung nicht zu rechnen hätten. Die „deutschen“ Führer aber sanktionierten das statutwidrige Verhalten und unterstützten ihre Mitglieder. Aus welchen Gründen ist leicht zu erraten. Allerdings sind die Genossen dabei nicht auf ihre Rechnung gekommen. Eine derartige Doppelmoraligkeit der sozialdemokratischen Führer trägt natürlich nicht dazu bei, die Disziplin der eigenen Mitglieder zu stärken. Diese werden sich bei Gelegenheit mit Recht fragen, warum soll dem eigenen Verbands gegenüber nicht erlaubt sein, was gegenüber den Christlichen gestattet ist. So rächt sich das unehrliche Gebaren solcher sozialdemokratischen Führer von selbst.

Wir aber wollen aus diesem Verhalten sozialdemokratischer Führer lernen. Wir wollen lernen, auch in schwierigen Situationen sowohl das Geschrei und Geschimpfe, als auch die Sirenenfänge dieser Leute richtig einzuschätzen. Das Material über die sozialdemokratischen Bewegungen wird uns weiter auch gute Dienste leisten, wenn es gilt, Verleumdungen gegen unsere Organisation zurückzuweisen. Benutzen wir es recht eifrig.

Lohnlarise in Jutewebereien.

III.

Zur Kritik des in der vorigen Nummer veröffentlichten Tarifes folgendes:

Die Festsetzung der Schußzahl auf 10 Zentimeter dürfte für Jutegewebe wegen ihrer Grobheit und wenigen Schußfäden am vorteilhaftesten sein. Schußzahlen dürfte man so bald noch nicht einführen. Die Schußzahl auf 2 Zentimeter oder 1 Zoll festzusetzen, ist nicht zu empfehlen. Man müßte dann, um die Sache genau zu machen, mit 1/2 und 1/4 Schuß rechnen. Dabei könnten aber sehr leicht Meinungsverschiedenheiten entstehen. Der Geschirrwurde als Grundgeschirr genommen, weil es am häufigsten vorkommt und ungefähr die mittlere Kettdichte darstellt. Es kann aber auch ein anderes Geschirr genommen werden. Unvollkommen und nicht ganz gleichmäßig ist die Steigerung und Herabsetzung des Grundlohnes bei anderen Geschirrnummern. Alte, eingebürgerte Zustände ließen sich eben nicht auf einmal beseitigen.

Eine Eigenart in der Entlohnung der Jutegewebe besteht darin, daß die mit wenig Schußfäden hergestellten Gewebe bedeutend besser entlohnt werden als die entgegengesetzten. In einigen Betrieben wird dieses Verhältnis bei 10er bis 14er Geschirr wieder etwas günstiger. Bei der Lohnfestsetzung hat man jedenfalls die Kettdenzahl etwas berücksichtigt, die Schußfadenzahl aber viel zu wenig. Beim Fortgang des Webeprozesses haben letztere aber die größte Bedeutung. Es gibt aber auch Fälle, wo die Kettdenzahl nicht berücksichtigt wird. Eine Firma am Ort zahlt nämlich von 3er bis 8er Geschirr bei gleicher Schußzahl denselben Lohn. Es soll nun nicht behauptet werden, daß obestehender Tarif den Arbeitern in allen Fällen vollkommen gerecht wird, im Gegenteil, manches kann und muß auf die Dauer noch verbessert werden. Gegenüber den jetzt vielfach üblichen Zuständen stellt der Tarif aber jedenfalls schon einen bedeutenden gewerblichen und sozialen Fortschritt dar.

Um die mit größerer Schußzahl hergestellten Gewebe bei 8er bis 10er Geschirr besserzustellen, könnte man für die Steigerung des Lohnes für den einzelnen Schuß etwas mehr, den Satz von 4 Pfg., nehmen, dafür aber die Erhöhung des Grundlohnes für höhere Geschirrnummern um vielleicht 1 Pfg. ermäßigen. Wird der Tarif nach der vielfach angewandten Methode pro 1000 Schuß umgerechnet, so ergeben sich noch manche Ungleichheiten. Es beträgt dann der Lohn bei 8er Geschirr und 15 Schuß auf 10 Zentimeter 4 Pfg. pro 1000 Schuß und sinkt auf 3,57 Pfg. bei 70 Schuß auf 10 Zentimeter. Die Schußzahl bei 8er Geschirr schwankt nun in der Regel zwischen 30 und 60 Schuß auf 10 Zentimeter. Es würde dann der Lohn betragen:

bei 30 Schuß auf 10 Zentimeter pro 1000 Schuß	3,73 Pfg.
" 40 " " " " " " "	3,80 " "
" 50 " " " " " " "	3,62 " "
" 60 " " " " " " "	3,58 " "

Bei anderen Geschirren, wo die Schußzahl in der Regel bedeutend weniger schwankt, dürften die Verhältnisse ungefähr dieselben sein.

Die Lohnregelung in der Juteweberei gleich einheitlich nach dem Grundsatz pro 1000 Schuß vorzunehmen, wird wohl vorerst nicht möglich und vielleicht wegen der Eigenart der Juteweberei auch nicht in allen Fällen angängig sein. Es bedarf dafür jedenfalls noch mancher praktischer Untersuchungen und Erfahrungen. Der angeführte Tarif beseitigt gegenüber den bis jetzt vielfach bestehenden Zuständen schon manche Härten für die Arbeiter.

Die Zulagen für größere Cops dürften im Interesse einer gleichmäßigen, gerechten Entlohnung sehr wohl angebracht sein. Andere Copsnummern, wie 5 1/2, 4 1/2, 3 1/2, 3 usw., und Qualität des Garnes, z. B. CS, wurden nicht berücksichtigt, weil dieselben in den betreffenden Betrieben nicht zur Anwendung kamen. Gegebenenfalls können dieselben aber sehr leicht mit einbezogen werden. Die Staffelung der Zulagen nach Schußzahl bedeutet in diesem Falle: gleichmäßig in der Bezahlung. Es ist für den Weber jedenfalls ein großer Unterschied, ob er 15000 Meter oder bis zu 70000 Meter eines dickeren Garns einschlagen muß. Bemerkenswert ist noch, daß es sich um die englischen Jutegarnnummern handelt. Bei schottischer Nummerierung müßte dieser Passus entsprechend geändert werden.

Die Lohnherhöhung bei Doppelketten ist grundsätzlich von unbedingter Notwendigkeit. In der vorstehenden Art dürfte aber nicht immer eine Gleichmäßigkeit erzielt werden. Es bestehen noch verschiedene Mängel. In den Tarifbetrieben konnten aber über diesen Punkt, und auch über einige andere, bis jetzt nicht genügend Erfahrungen gesammelt werden. Es sind nur Klein- und Mittelbetriebe und werden alle Arten Gewebe dort noch nicht genügend hergestellt. Eine Besserung dürfte sich in diesem Punkte wie auch bezüglich Abzüge bei der Anwendung und Zulagen der 1000 Schußberechnung ergeben.

Die Lohnberechnung für andere Breiten geschieht in der angeführten Art wohl am leichtesten und praktischsten. Da Jutegewebe meistens in den abgerundeten Breiten, wie 100, 110, 120 usw., hergestellt werden, ist die Sache noch leichter. Man braucht dann für jede 10 Zentimeter schmaler oder breiter nur 1/10 des Grundlohnes abzuziehen oder zuzuzählen. Die Lohnfestsetzung geschieht in der gesagten Art einfach pro Quadratmeter und wird der wirklich verdiente Lohn mehr in Einklang mit der Arbeitsleistung gebracht. In dieser Beziehung sieht es in vielen Betrieben sehr schlecht aus. Soweit Schreiber dieses hierüber Untersuchungen und Erfahrungen machen konnte, kann in manchen Betrieben in vielen Fällen auf 110 bis 130 Zentimeter Blattbreite-Stühle fast ebensoviel verdient werden als bei 140 bis 160 Zentimeter Blattbreite. Aber auch ein umgekehrtes

Verhältnis kommt vor. Bei einer Firma hat man sich, um die Sache leichter zu gestalten, dahin verständigt, daß der Lohn für andere Breiten von 5 zu 5 Zentimeter festgesetzt wird. In diesem Falle wird dann z. B. 102 Zentimeter wie 100 Zentimeter entlohnt, 103 aber wie 105, 107 wie 105, 108 aber wie 110 Zentimeter usw.

Die Staffelung der Zulagen für karrierte Waren nach Schußzahl und die Zulage von 5 Proz. bei schlichten Waren auf Wechselstühlen dürfte so ziemlich das Richtige treffen. Die Spaltenlöhne, woson durch die erwähnte Art und Weise bedeutend einheitlicher geregelt. Es ist für den Weber ein großer Unterschied, ob er Spalten bei vielleicht 25 Schuß auf 10 Zentimeter herstellt und deshalb auch zweimal den Lohn für die Spalten erhält, oder er macht bei angenommenen 50 Schuß auf 10 Zentimeter täglich nur ein Stück; er erhält den Lohn für Spalten dann auch nur einmal, woson die besondere Mühe und Arbeit, die er mit den Spalten hatte, infolge der doppelten Schußzahl in diesem Falle doppelt so lange dauerte wie im ersten Falle. Die Lohnherhöhung bei bedeutend schmälere Waren findet in vielen Betrieben schon jetzt statt. Warten auf Material wird in den anderen Betrieben nur teilweise, in den bestehenden Fällen meist aber nur sehr ungenügend vergütet. Daß es geht, zeigt der Tarif.*)

Zum Schluß folgendes: Ohne gegenseitige Konzessionen gibt's in der Tarifbewegung keine Fortschritte. Auch bei diesen Tarifen haben unsere Kollegen im Interesse des Ganzen Vorkürzungen für einige Positionen in den Kauf nehmen müssen. Durch den Tarif ist aber der Weg gezeigt, wie man auch in der Jute zu gleichmäßigen Löhnen kommen kann. Das erziehbenswerteste für beide Teile ist, die Löhne auf Grund der pro 1000 Schußberechnung, unter Berücksichtigung der besonderen Eigenarten der Juteweberei, zu regeln.

Bei allen Mängeln und Schwierigkeiten, die der besprochene Tarif noch hat, ist er doch als ein bedeutender Fortschritt zu betrachten. Seine große Bedeutung liegt vor allem darin, daß die Arbeiter einmal etwas Grundlegendes, Festlegendes in der Lohnfrage vor sich haben. Solche einheitlichen Lohnfestsetzungen haben aber auch einen großen wirtschaftlichen Wert, den die Arbeitgeber in den meisten Fällen wohl einsehen, aber aus Abneigung gegen die Arbeiter und deren Organisation nicht einführen wollen. Die Jutearbeiter haben aber alle Veranlassung, mehr wie bisher auf die Stärkung der Organisation bedacht zu sein. Geschieht dies, so wird sich auch in Arbeiterkreisen recht bald der Gedanke der gegenseitigen Anerkennung und Verständigung bahnbrechen zum Nutzen der ganzen Industrie. Lohnlarise haben auch eine ganz große Bedeutung in kultureller Hinsicht. Hervorragende Männer der Sozialwissenschaft haben dies schon oft und deutlich erklärt. Wer also für sie arbeitet und wirkt, arbeitet für den gewerblichen, sozialen und kulturellen Fortschritt. Also vorwärts auf dem Wege zur Erreichung dieses schönen Zieles.

* Bemerkenswert sei hierbei, daß in dem Artikel der vorigen Nummer ein Fehler enthalten war. Andrehen und Anfnoten wird mit 5, nicht mit 6 Pfg. per 100 Faden vergütet.

Vom Kapitel „Jugendschutz“.

Aus Frankreich kommt eine seltsame Meldung. Dort ist eine Senatskommission mit der Prüfung eines, vom christlich-demokratischen Abgeordneten Verriere eingebrachten Gesetzesentwurfes zur Abschaffung der Nachtarbeit der Kinder (!) in den Betrieben mit ununterbrochener Feuerung beschäftigt. Die Kommission hat jüngst Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Glashütten zur Begutachtung des Entwurfs vernommen. Dabei haben eine Anzahl von Arbeiterdelegationen lebhafteste Einwendungen gegen die Unterdrückung der Nachtarbeit erhoben. Die kleinen Glashüttenarbeiter, so sagten sie, seien der Gegenstand sorgfältigster Behandlung. Diese Haltung erwachsener Arbeiter, so bemerkt dazu ein arbeiterfreundliches Blatt mit berechtigter Bitterkeit, beweise, daß das geforderte Gesetz viel weniger eine Maßnahme der Einwirkung der Arbeiter auf die Arbeitsverhältnisse, als vielmehr ein Stück reinen Kinderschutzes sei.

Gottlob sind wir in Deutschland vor solcher „Interessentwahrnehmung“ auf Arbeiterseite im allgemeinen geschützt. Dazu hat die soziale Erziehung denn doch schon zu tief im Volke Wurzel gefaßt.

Meldungen, wie die vorstehende, sind ein Beleg dafür, von welcher Wichtigkeit der internationale Arbeiternamentlich auch Jugendschutz ist. Dieser ist ein Mittel, soziales Denken auch über die Landesgrenzen hinaus in Wirksamkeit zu setzen, und an einer solchen Auswirkung sind die Arbeiter in den sozial fortgeschrittenen Ländern naturgemäß außerordentlich interessiert. Es handelt sich da um ein Stück Zwangs-erziehung für diejenigen, die über das rein egoistische Denken noch nicht hinausgekommen sind. Von diesem Gesichtspunkte aus begrüßen wir es mit außerordentlicher Befriedigung, daß der schweizerische Bundesrat die Initiative genommen hat, dem — aus der Natur der Sache heraus — nur langsam voranschreitenden internationalen Arbeiterschutzes einen erneuten Anstoß zu geben und zwar in der Hauptsache auf dem Gebiete des Jugendschutzes. Es wird darüber offiziell berichtet:

Der Bundesrat richtet an die europäischen Staaten ein Rundschreiben, worin er ihnen beantragt, im September dieses Jahres in Bern eine vorbereitende Konferenz abzuhalten, welche die Grundzüge für ein neues internationales Übereinkommen über den Arbeiterschutzes festlegen soll. Nach dem Muster der internationalen Konventionen vom 26. September 1906 über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen und über das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der

Bündholzindustrie, hat die internationale Vereinigung für Arbeiterschutzes auf Grund umfangreicher Vorarbeiten neue Vorschläge formuliert, bestehend in Entwürfen für zwei neue Konventionen, nämlich:

1. Ueber das Verbot der industriellen Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter.
2. Ueber Festsetzung der Arbeitsdauer von höchstens zehn Stunden für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter.

Der Bundesrat teilt diese Vorschläge im Rundschreiben mit, in der Meinung, daß sie als Grundlage für die Beratung der Konferenz dienen könnten. Die Vorschläge anschließend, es auszubauen und in allen industriellen Staaten den Frauen auch die Wohltat der Beschränkung ihrer Arbeitszeit auf zehn Stunden zu verschaffen. Ueberdies soll aber die internationale Regelung ausgedehnt werden auf eine weitere Kategorie, auf die der jugendlichen Arbeiter, denen der gleiche Schutz gewährt werden soll, wie den Frauen. Es ist vorgesehen, daß die Arbeit zu teilen sei zwischen einer technischen Konferenz für Aufstellung von Grundrissen für ein internationales Übereinkommen und einer nachfolgenden diplomatischen Konferenz zu deren Abschluß. Der Bundesrat erbittet sich die Antworten der Staaten bis Mitte April, um den Zeitpunkt der Konferenz festsetzen zu können.

Was den Jugendschutz bei uns in Deutschland, soweit er bereits gesetzlich festgelegt ist, anbelangt, so läßt seine Durchführung doch noch manches zu wünschen übrig. Beweis dafür ist die Statistik für Jugendschutzvergehen. Mag im allgemeinen auch ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahre festzustellen sein, es bleibt immer ein peinliches Gefühl bei dem Gedanken zurück, daß es gerade der Kinder- und Jugendschutz ist, den man am ungenierlichsten übertreten zu dürfen glaubt: das „junge Volk“ wehrt sich ja nicht! Umso dringender ergeht der Ruf an die erwachsenen, insbesondere die organisierten Arbeiter, eiferfüchtig über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu wachen und sich der benachteiligten und gefährdeten Jugendlichen anzunehmen.

Die Zahl der Fälle von Jugendschutzvergehen sank von 24910 auf 22944, davon die leichteren Verstöße gegen Vorschriften mehr formaler Natur von 19907 auf 18133, die schweren Vergehen gegen materielle Schutzvorschriften aber von 4943 auf 4808. Die Zahl der Anlagen, in denen Jugendschutzvergehen ermittelt wurden, ging von 17854 auf 16601 zurück. Betrachten wir die verschiedenen Vergehen, so haben von den leichteren Verstößen diejenigen gegen Vorschriften über Anzeigen, Anhänge und Verzeichnisse abgenommen (von 14223 auf 11238), dagegen diejenigen gegen Vorschriften über Arbeitsbücher zugenommen. Von den Vergehen gegen materielle Vorschriften haben gegenüber dem Vorjahre zugenommen diejenigen gegen Kinderarbeitsverbote von 457 auf 549 Fälle, gegen die Dauerbeschränkung der Kinderarbeit von 663 auf 685 Fälle, gegen Nachtarbeitsverbot für Jugendliche von 196 auf 209 Fälle, gegen die Mindestruhezeit von 78 auf 95 Fälle, gegen Sonntagsarbeitsverbot für Jugendliche von 261 auf 278 Fälle, gegen Mitgabe von Hausarbeit an Betriebsarbeiter von 10 auf 12 Fälle und gegen besondere Bundesratsvorschriften betr. Ruhezeit von 92 auf 102 Fälle. Zurückgegangen sind dagegen die Vergehen gegen Hausvorschriften für Jugendliche von 1702 auf 1345, gegen die Arbeitszeitdauer für Jugendliche von 1280 auf 1233, gegen besondere Bundesratsvorschriften betr. Beschäftigungsverbote von 126 auf 96, betr. ärztliche Zeugnisse von 26 auf 20 und sonstige Vergehen von 112 auf 98 Fälle. Die Zunahme der ergränzten Verstöße ist ein deutlicher Hinweis darauf, worauf es namentlich ankommt.

Recht unerquicklich ist und bleibt das Kapitel der Bestrafung wegen Jugendschutzvergehen. Wenn von 16601 Arbeitgebern, bei denen Jugendschutzvergehen entdeckt wurden, nur 1782 Personen, also 10,7 Prozent bestraft werden und 89,3 Prozent aller Übertreter straflos bleiben, dann ist das eher ein Anreiz, als eine ernste Mahnung. Und wenn verhältnismäßig schwere Fälle von Arbeitszeitüberschreitungen oder Nachtarbeit, meist erst im Wiederholungsfalle dem Strafrichter überwiesen, mit 3 bis 10 M. Geldstrafe geahndet werden, so wird mancher Arbeitgeber, der gerissen und gewissenlos genug ist, sich sagen, daß er auf diese Weise eigentlich noch ein Geschäft machen könne. Namentlich in der Konfektionsindustrie, die prozentual die meisten Vergehen aufweist, erfreuen sich die Gesetzesverächter einer geradezu unbegreiflichen Milde, denn von ihnen wurden nur 7,0 Prozent bestraft und 93 Prozent gingen vollkommen straffrei aus.

Allgemeine Rundschau.

Zur Schulentlassung schreibt die neueste Nummer der „Korrespondenz für die Jugendarbeit in den christlichen Gewerkschaften“:

„Die Zeit, wo der Schulentlassene mit Ruhe und Bedacht „den kommenden Dingen“ entgegensehen und sich von Vater und Mutter sorgsam in die neue Welt einführen lassen konnte, ist für den größten Teil der zur Entlassung gelangenden Jugendlichen dahin. Infolge der Entwicklung unserer Wirtschaftsverhältnisse heißt die Hauptfrage bei der Schulentlassung in den meisten Arbeiterfamilien heute nicht mehr: Was willst du werden? sondern: Bekommen wir für dich Arbeit? Es muß erworben, es muß verdient werden! Und darum hat sich die Reihe derjenigen, die an der Schwelle der Schule nach dem jugendlichen Ausblick halten, mit Recht um einen weiteren Faktor vermehrt: um die Gewerkschaft. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, dem ins Erwerbsleben Tretenden ein erfahrener, zuverlässiger Wegweiser zu sein.“

Es ist nicht ein bloßer Fischzug, den die Gewerkschaft unternimmt, wenn sie sich der Schulentlassenen annimmt: das Agitationsinteresse allein gibt nicht den Ausschlag. Zum ureigensten Wesen der Gewerkschaft gehört die Regelung des Angebots an Arbeit. Ihr Streben auf positive Besserung der Arbeiterlage muß auf die Dauer scheitern, wenn sie auf das Arbeitsangebot keinen Einfluß gewinnt. Denn schließlich: wie sollen errungene Lohnaufbesserungen durchgehalten werden, wenn das Angebot von Arbeit zu niedrigeren Löhnen uneingeschränkt fortbesteht? Eine Gefahr in diesem Sinne ist aber solange vorhanden, als sich das jugendliche Arbeiterelement in seiner Not, aus Verdienen zu kommen, einfach zu billigstem Preise anbietet. Nicht das Gewerkschaftsinteresse allein ist es, sondern das Arbeiterinteresse allgemein, das ein Eingreifen der Gewerkschaft in die Art der Einreihung der Jugendlichen in das große Herr der Erwerbstätigen gebietet.

Soll das heißen, daß die Gewerkschaft sich ohne Umschweife direkt an den einzelnen Jugendlichen heranzumachen muß? Wo das unbedingt nottut und der Jugendliche bereits ein Arbeitsverhältnis inne hat, ja. Im allgemeinen ist es aber besser, wir bauen zeitig vor. Die Gewerkschaft kann, in Gemeinschaft mit sonstigen Korporationen, namentlich den konfessionellen Vereinen, Elternabende veranstalten, wo sich den Eltern sagen läßt, wie die Gewerkschaft ihnen bei der Auffindung von Arbeit für ihre Kinder behilflich sein will. Es kann dann mit den konfessionellen Vereinen in einen Austausch der Listen der zur Entlassung Gelangenden eingetreten werden. Im staatlichen Jugendausschuß kann für frühzeitige Belehrung der vor der Entlassung Stehenden, und später der Fortbildungsschüler eingetreten werden. Wo es geht, beteiligt sich die Gewerkschaft an den Einrichtungen zur Berufsberatung. Der Möglichkeiten aller Art gibt es genug: sorgen wir nur dafür, sie den Umständen entsprechend am besten auszunutzen. Es muß sich die Erkenntnis ausbreiten, daß der Eintritt des jugendlichen Arbeiters in die Gewerkschaft der erste Schritt auf dem Wege zu einem umfassenden Jugendschutz ist.

Die Lehrlinge lassen wir natürlich auch nicht aus dem Auge. Deren Zukunft ist ja nicht schon dann gesichert, wenn es glücklich zum Abschluß eines Lehrvertrags kommt. Auf die Lage des Gewerbes kommt es sehr wesentlich an — und wer sollte die besser beurteilen, als die über das ganze Land verbreitete Gewerkschaft? Und dann ist ja der Lehrvertrag selbst oft ein so eigenes Ding: er verdient es, auf seinen Inhalt im Interesse der Lehrlinge selbst sehr genau geprüft zu werden. Dazu gehört Erfahrung, Kenntnis der Zusammenhänge usw. Wiederum: Wer ist da sachverständiger als die Gewerkschaft?

So seien wir denn zur Stelle, wenn es zur Schulentlassung kommt, der Bedeutung unseres Wirkens für die Jugend vollhaft bewußt. Wo man in den Kreisen der übrigen Jugendinteressenten es will, wird man uns und das, was wir bedeuten und wollen, verstehen. Wo man es nicht will, behaupten wir dennoch, maßvoll aber

entschieden, unser Recht, eingedenk der Tatsache, daß die wesentlichste Grundlage unseres Wirkens die Selbsthilfe ist.

Jetzt aber ist der Bann gebrochen! In Nr. 6 des „Zentralblattes“ wird der Jahresbericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht. Wir werden in der nächsten Nummer dieser Zeitung ausführlich auf ihn zu sprechen kommen und begnügen uns für diesmal mit der Wiedergabe der Schlussfolgerungen, die der Bericht enthielt.

Nachdem der unerquickliche Kampf mit den „Berlinern“ behandelt ist, heißt es: „Jetzt aber ist der Bann gebrochen. Nunmehr können sich die Kräfte auf der ganzen Linie wieder konzentrieren. Jetzt muß es wieder vorwärts gehen! In dem Augenblick, wo diese Heilen ins Land hinaus gehen, fallen die Würfel über das Schicksal der bedeutendsten Tarifverträge. Das gesamte Wirtschaftsleben wird von dem Organisationswesen in tiefgreifender Weise erfaßt. Das ist die Zeit, wo auch der Fernsehende seine Augen vor der Gewerkschaft nicht mehr verschließen kann. Nach der Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage sind eine Fülle von Kräften wieder frei geworden. Sie müssen sich jetzt mit den in der Werbung bereits befindlichen vereinen, damit alle Chancen ausgenutzt werden. Jetzt darf es keinen Stillstand mehr geben! Die Gesamtbewegung bemüht sich um einen ständigen weiteren Ausbau der zur Erleichterung der Agitation und zur Stärkung unserer Bestrebungen vorgesehenen Einrichtungen. Die Ortskartelle sind in sichtlichem Aufblühen begriffen, seitdem sich ein eigenes Dezernat um ihre Angelegenheiten bemüht. Es sollte den Ortskartellen aber auch im Lande überall die gebührende Sorgfalt zugewendet werden. Gewiß liegen auf unserer Seite die Verhältnisse grundsätzlich verschieden, wenn man sie in Vergleich zu denen bringt, unter denen sich die sozialistischen Organisationen betätigen. Bei diesen gehen Partei und Gewerkschaften, Frauenbewegung und Jugendausschüsse usw. in jeder Weise zusammen, und die sozialdemokratische Tagespresse schmeißt ihnen. Ein ähnlich geschlossenes und einheitliches Wirken ist für unsere Bewegung nicht zu erzielen. Aber wir dürfen auch nicht in das entgegengeetzte Extrem verfallen, um uns nur auf dem Boden der Berufsorganisationen zu betätigen. Vielmehr erwächst aus den bezeichneten Voraussetzungen die zwingende Notwendigkeit, uns innerhalb des Ortsbezirks untereinander so fest wie möglich zusammenzuschließen. Dieses Zusammenwirken und die Erarbeitung eines breiteren Resonanzbodens in der Öffentlichkeit werden wesentlich erleichtert durch die aufklärende Tätigkeit des Pressedezernats, das insbesondere durch die viel verbreitete „Gewerkschaftskorrespondenz“ für sachliche Information der öffentlichen Meinung und Zurückweisung der Angriffe auf die Bewegung sorgt. Alles läßt sich natürlich nicht von einem Zentralpunkt aus machen: es muß auch allenthalben die eigene Initiative nach Mitteln und Wegen zur Ausbreitung der Bewegung suchen. Ein besonderes

Augenmerk sollte dabei auch auf die Jugend gerichtet werden, für deren zweckmäßige Behandlung im Laufe der Zeit eine Reihe von Anregungen ergangen ist. Neuerdings hilft hier „Die Jugend“, die neue Korrespondenz zur Förderung der Jugendarbeit in unserer Bewegung, die für die Funktionäre und die Jugendkommissionsmitglieder bestimmt ist, kräftig nach. Aber nochmals: die Hauptsache bleibt, daß die ergehenden Anregungen in jeder Beziehung Männer finden, die sie in die Tat umzusetzen bereit und gewillt sind.

Das aber ist die zuversichtliche Erwartung der Zeitung der Gesamtbewegung. Möge sie in dieser Erwartung sich nicht getäuscht sehen!

Zur Entwicklung der Bergarbeiterorganisationen. In der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse wird ein großes Geschrei darüber gemacht, daß der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter im vergangenen Jahre eine Mindereinnahme an Mitgliederbeiträgen gegenüber dem Vorjahre gehabt hat. Das wird als Vergeltung für die Haltung des christlichen Gewerbevereins beim vorjährigen Ruhrbergarbeiterstreik hingestellt und gegen die christliche Arbeiterbewegung im allgemeinen auszubenten gesucht.

Mit dieser Aktion gegen die christlichen Bergarbeiter will die sozialdemokratische Presse den Blick von den Zuständen im roten Bergarbeiterlager ablenken. Mit dessen Entwicklung sieht es nämlich viel schlimmer aus wie im christlichen Gewerbeverein. Die in der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 8, 1913) veröffentlichte Jahresabrechnung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes ist zwar so unklar und verschleierte wie nur möglich gehalten, läßt aber dennoch die Rückwärtsentwicklung dieser Organisation noch deutlich genug erkennen.

Um ein möglichst hohes Jahresbudget herauszubekommen, sind unter Einnahmen 6270346 M. unter der Bezeichnung „Banken und Sparkassen“ gebucht, dergleichen unter Ausgaben mit derselben Rubrikierung 5173094 M. So kommt ein Jahresbudget von acht Millionen zusammen. Ein solches Ergebnis ist auf die naive Weise zu erreichen, daß man eine gewisse Summe bei den Banken oder Sparkassen wiederholt einzahlt und wieder abhebt. Mit solchen Manipulationen den Jahresetat in die Höhe zu treiben, ist geradezu kindisch. Als Eintrittsgelder verzeichnet die sozialdemokratische Verbandsabrechnung 21325 M. im Streitjahr 1912, gegen 16575 M. im normalen Jahre 1911. Unlässlich des Ruhrbergarbeiterstreiks postierte die sozialdemokratische Presse in die Welt hinaus, daß sich ungezählte Massen von Bergleuten dem alten Verband angeschlossen hätten. Das war, wie jetzt aus der Abrechnung hervorgeht, eine maßlose Übertreibung, oder aber die Angaben in der Jahresrechnung müssen gefälscht sein; eins von beiden.

An Mitgliederbeiträgen im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband sind laut Abrechnung im letzten Jahre etwa 46000 M. weniger eingeommen wie im Vorjahre. Wenn man im Hinblick auf diesen Rückgang weiter noch

Gesellen- und Meisterprüfung im weiblichen Handwerk.

(Ein Beitrag zur Berufswahl unserer Mädchen.)

III.

Nach beendeter Lehrzeit hat das Lehrlingmädchen die Gesellenprüfung abzulegen. Die Gesellenprüfung soll den Nachweis erbringen, daß sowohl Lehrherrin, als auch Lehrlingmädchen ihre Pflicht erfüllt haben. Ein weiterer Zweck der Gesellenprüfung ist der, daß sie die notwendige Voraussetzung für die Meisterprüfung (ab 1. Oktober 1913) und damit späterhin für die selbständige Anleihe von Lehrlingen ist.

Die um das Wohl ihrer Töchter (oder des Wunders) besorgten Eltern oder Vormünder werden deshalb besondern Wert auf die Gesellenprüfung legen. Sie werden noch vor Ablauf der Lehrzeit das Mädchen veranlassen, sich zur Gesellenprüfung anzumelden. Die Anmeldung geschieht folgendermaßen:

Das Lehrlingmädchen hat ein Gesuch um Zulassung zur Gesellenprüfung an den für sein Handwerk zuständigen Prüfungsausschuß (Handwerkskammer) zu richten. Diesem Gesuch muß auf besonderem Blatt ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf beigelegt werden aus demselben sollen Geburtsdatum und Geburtsort, Heimat, Schulbesuch, Beginn und Ende der Lehrzeit zu ersehen sein. Ferner ist beigelegen das von der Lehrherrin ausgefertigte und von der Gemeindebehörde beglaubigte und gestempelte Lehrzeugnis, sowie das Schulentlassungszeugnis. Dem Gesuch kann auch ein Wunsch bezüglich des Gesellenstücks beigelegt werden.

Auf dieses Gesuch hin erhält das Lehrlingmädchen Bescheid, wann es zur Prüfung zugelassen wird. Diese wird vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer abgelegt. Der Ausschuß besteht aus einem (oder einer) Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern; davon sind stets die Hälfte selbständige Gewerbetreibende, zum andern Teile geprüfte Gehilfen (Gehilfinnen).

Die Prüfung erstreckt sich auf das theoretische und praktische Gebiet. Im theoretischen Teil hat das Lehrlingmädchen auf die Fragen nach dem Wert der Beschaffung, Aufbewahrung, Verwendung und Behandlung der in seinem Gewerbe zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe Antwort zu geben. Es soll damit der Nachweis erbracht werden, daß das Lehrlingmädchen in Bezug auf Warenkenntnis genügend unterrichtet ist. Auch das Gesellenstück wird einer Besprechung unterzogen. Der praktische Teil der Prüfung umfaßt das Gesellenstück oder die Arbeitsprobe.

Hat das Lehrlingmädchen die Gesellenprüfung bestanden, so stellt der Prüfungsausschuß ein Prüfungszeugnis aus. Ist die Prüfung nach Meinung des Prüfungsausschusses nicht bestanden, so kann derselbe innerhalb eines halben Jahres einen nochmaligen Prüfungstermin bestimmen. — Die Gebühr für die Prüfung beträgt bei einzelnen Handwerkskammern drei Mark. Das Prüfungszeugnis ist meistens kosten- und stempelfrei.

Es haben in der letzten Zeit schon in 24 Handwerkskammerbezirken zahlreiche weibliche Lehrlinge die Gesellenprüfung bestanden.

Mit der Gesellenprüfung ist jedoch der Bildungsgang der weiblichen Handwerker noch nicht abgeschlossen. Es beginnt nun die Gehilfenjahre; da ist Gelegenheit, das erworbene Wissen und Können bei anderen Geschäften wesentlich zu erweitern. Sobald die Volljährigkeit der Gehilfin eintritt (mit 21 Jahren), kann die Gehilfin selbständig ein Handwerk ausüben. Hat die Gehilfin eine gute, gründliche Lehrzeit hinter sich und hat sie als Gehilfin ihr Können noch vergrößert, so steht der Volljährigen zur selbständigen Ausübung des Gewerbes nichts im Wege. Aber auch dann wird die tüchtige Handwerkerin noch nicht aufhören, an ihrer Weiterbildung zu schaffen. Sie kann sich nunmehr auf die Ablegung der Meisterprüfung vorbereiten. Zu diesem Zweck kann die Handwerkerin entweder in einem Buche oder noch besser in einem Meisterprüfungsvorbereitungskursus Anleitung holen.

Höflichst! Zur selbständigen Führung eines Geschäfts ist die Meisterprüfung nicht nötig. Aber das Geschäft erhält sicherlich erhöhten Wert, wenn sich die Jahlerin den Meistertitel errungen hat. Ferner ist ab 1. Oktober 1913 die Meisterprüfung die notwendige Voraussetzung für das Recht der Lehrlingsanleihe.

Jede Handwerkerin, die das 24. Lebensjahr vollendet hat und mindestens eine dreijährige Gehilfenjahre zurückgelegt hat, kann die Meisterprüfung ablegen. Auch die Handwerkerin hat ein Gesuch um Zulassung zur Meisterprüfung an die Handwerkskammer einzureichen. Es haben dann Handwerkskammer und Meisterprüfungskommission über die Zulassung zu entscheiden. Dem Gesuch muß ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf beigelegt werden, sowie eine durch die Gemeindebehörde beglaubigte Bescheinigung der Gehilfenjahre von mindestens drei Jahren.

Für die Zulassung zur Meisterprüfung ist in einigen Handwerkskammerbezirken eine Gebühr von 20 M. zu entrichten; verschiedene Bezirke schreiben eine höhere Gebühr vor. Anderweitige Kosten entstehen in der Regel nicht.

Ebenso wie die Gesellenprüfung umfaßt auch die Meisterprüfung einen theoretischen und einen praktischen Teil; selbstverständlich sind aber bei der Meisterprüfung die Anforderungen wesentlich höher.

Die theoretische Prüfung erstreckt sich 1. auf Fachkenntnis, 2. Buch- und Rechnungsführung, 3. die gesetzlichen Vorschriften betreffend das Gewerbewesen. Die unter 1 und 2 angegebenen Punkte erfordern mündliche und schriftliche Prüfung; der letzte Teil unterliegt nur mündlicher Prüfung.

Die praktische Prüfung besteht in der Anfertigung eines Meisterstücks, mit den dazu gehörigen Zeichnungen und der Kostenberechnung.

Einige Handwerkskammern haben Meisterprüfungsordnungen für die einzelnen Gewerbe ausgearbeitet. Bei der Handwerkskammer Augsburg haben bereits 516 Frauen von verschiedenen Berufen die Meisterprüfung abgelegt.

Ueber den Verlauf einer Meisterprüfung wird ein Protokoll geführt, das von den Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterschreiben ist. Das Gesamtergebnis der Prüfung wird durch Abstimmung festgestellt; die Stimmenmehrheit entscheidet, ob die Prüfung genügend, gut, sehr gut oder ausgezeichnet — oder ob sie nicht bestanden wurde. Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende der Prüfungskommission zu entscheiden. Das Resultat wird den Handwerkerinnen sofort mitgeteilt und es wird auch ein Zeugnis ausgestellt.

Wurde die Prüfung nicht bestanden, so kann sie nach Ablauf eines halben Jahres wiederholt werden.

Damit haben wir den interessanten Bildungsgang einer Handwerkerin gezeigt. Es sei noch darauf hingewiesen, daß der Meistertitel, den eine Handwerkerin durch die Meisterprüfung erhalten kann, im ganzen Deutschen Reich Geltung hat.

Für die Weiterbildung der Handwerksmeisterinnen dienen gute Fachzeitschriften; in neuerer Zeit sind auch Seminare für Handwerkerinnen geschaffen worden.

All jenen unserer Kollegen und Kolleginnen, die sich für diese Angelegenheit näher interessieren, sei das Büchlein: „Zum Lehrlingmädchen zur Meisterin“, von Rechtsanwält Alfred Diel-München, empfohlen. Preis 25 Pfg. Dieses Büchlein enthält auch Musterprotokolle für Gesuche, Lebenslauf und Zeugnis, sowie ein Verzeichnis der Handwerks- und Gewerbeämtern im deutschen Reich. F. H.

*) Zu beziehen durch die Buchhandlung des Verbandes süddeutscher kath. Arbeitervereine. München, Pestalozzistr. 4.

berücksichtigt, daß der sozialdemokratische Verband im Berichtsjahr von vielen Mitgliedern erhöhte Beiträge erhoben hat, so muß er einen sehr beträchtlichen Mitgliederverlust erlitten haben, der für den alten Verband um so empfindlicher wirkt, als er auch schon im Jahre 1911 über 3000 Mitglieder verloren hatte. Fügt man dem noch bei, daß das Vermögen des sozialdemokratischen Verbandes in drei Jahren von 4255 000 M. auf 2 681 000 M. gefallen, das Vermögen des christlichen Gewerkschaftsbundes aber in derselben Zeit von 1 905 000 M. auf 2 297 000 M. gestiegen ist, dann hat man die Erklärung dafür, warum die sozialdemokratische Presse so geräuschvoll gegen die christliche Bergarbeiterorganisation zu Felde zieht. Auch die Tatsache, daß der christliche Gewerkschaftsbund große Erfolge erzielt, während der sozialdemokratische Verband überall Niederlagen erlitt, zwingt letzteren dazu, die Massen abzulenken.

Christliche Gewerkschaften und evangelische Jugendvereine. Wie in den evangelischen Arbeitervereinen, so hat man auch in den evangelischen Jugendvereinen lange Zeit hindurch nicht zu einer klaren Stellung zur Gewerkschaftsfrage gelangen können. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung aber zwingt die Jugendvereine, sich mit der Gewerkschaftsfrage zu befassen und drängt auf eine Klärung der Ansichten hin. Die große Mehrzahl der evangelischen Jugendvereine hat sich schon entschieden, und zwar für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Das Sprachrohr der evangelischen Jugendvereine Westdeutschlands, der „Leuchtturm“, hat sich schon seit Jahren mit allem Nachdruck für die Förderung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Neuerdings äußert sich das Verbandsblatt der Dresdener evangelischen Jugendvereine, „Der Jugendfreund“ (Nr. 1, 1913) zu der Frage wie folgt:

„Wer mit Erfolg arbeiten will, muß den Grundsatz der Arbeitsteilung vertreten. Die evangelischen Jugendvereine sind Gewerkschaften. Die Vertretung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder gehört nicht zu ihrem Aufgabekreis. In den christlichen Gewerkschaften sind Organisationen entstanden, die als Weggenossen von uns anzusprechen sind. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf christlichem und nationalem Boden und arbeiten mit gesetzlichen Mitteln an der kulturellen Hebung ihrer Anhänger. Sie sind die Berufsorganisationen für unsere Mitglieder aus dem Arbeiterstand. Denn die vaterländische und religiöse Ueberzeugung des Einzelnen wird in den christlichen Gewerkschaften hochgehalten und respektiert. Ja, die christlichen Gewerkschaften legen ihren Mitgliedern sogar den Beitritt zu den konfessionellen Standes- und Jugendvereinen, nahe in der Ueberzeugung, daß ohne die rechte Gesinnung des Arbeiters keine Organisationen auf die Dauer nur Fickwerk leisten können. Im Interesse der Zukunft unserer Vereine empfehlen wir an dieser Stelle nachdrücklich ein planmäßiges Handinhandarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften.“

Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erfährt in dem Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften folgende Darstellung: Mehrfach wurde das Verhältnis zu den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Berichtsjahre Belastungsproben verschiedener Art ausgesetzt. Das Verhältnis, das sich praktisch in freundschaftlichere Beziehungen zwischen den beiden Organisationsbewegungen umsetzen sollte, ist die Frucht jahrelanger Bemühungen wohlmeinender, sozial-interessierter Dritter. Lange haben die christlichen Gewerkschaften diesen Bemühungen kühl und reserviert gegenübergestanden. Um indes nicht in den Verdacht zu kommen, als ob ihnen die bloße Agitation über alles gehe, haben sie schließlich zum Abschluß der bekannten Vereinbarungen sich bereit gefunden. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben anscheinend von den Vereinbarungen mehr erwartet als praktisch durch sie verwirklicht werden konnte. Sie dachten sich beispielsweise, daß durch ihr Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften auch die katholischen Arbeitervereine und die Zentrumspresse eine freundlichere Stellung gegenüber den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften einnehmen würden. Solche Hoffnungen mußten sich als unausführbar herausstellen. Die Stellung der Zentrumspresse und der katholischen Arbeitervereine zu staatsbürgerlichen und kulturellen Fragen ist vielfach derjenigen, die die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in ähnlichen Fragen einnehmen, direkt entgegengesetzt, so daß es zunächst außer der Macht der christlichen Gewerkschaften lag, in dem von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erwünschten Sinne auf Tagespresse und konfessionelle Arbeitervereine einzuwirken. Dann ist es auch selbstverständlich, daß Vertragsverhältnisse auf Gegenseitigkeit beruhen müssen. Für Vereinbarungen, bei denen die christlichen Gewerkschaften lediglich den gebenden und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften allein den nehmenden Teil darstellen, sind selbstverständlich die ersteren nicht zu haben. Und daß etwa die Tagespresse, die den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nahesteht, in den letzten Jahren sich zu den christlichen Gewerkschaften freundlicher als ehemals gestellt hätte, wird niemand behaupten wollen. Auch bei Lohnbewegungen und Streiks glaubten einige Hirsch-Dundersche Verbände, ohne Rücksicht auf die bestehenden Vereinbarungen, ihr Verhalten lediglich nach ihren einseitigen agitatorischen Bedürfnissen einzurichten zu können. Daraus ist zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Maschinenbauer in den letzten Monaten eine heftige Auseinandersetzung entsprungen, durch die die zwischen beiden Verbänden bestehenden Vereinbarungen ganz von selbst gegenstandslos wurden. Im Holz- und

Masergewerbe dagegen arbeiten der christliche und Hirsch-Dundersche Verband, insbesondere bei Tarifbewegungen, verhältnismäßig gut zusammen. Ob nach den Vorgängen der letzten Monate zwischen den beiden Metallarbeiterorganisationen, die seinerzeit getätigte allgemeine Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem Verbands der deutschen Gewerksvereine noch größeren Wert hat und für die Zukunft aufrechterhalten werden kann, erscheint sehr fraglich.

Der Streik in Menden beigelegt. Die Aussperrung der Metallarbeiter in Menden ist am 20. März durch folgende Vereinbarung zwischen der Firma Schmöle u. Co. und der Arbeiterkassette beendet worden:

1. Die Sperre gegen die Firma Schmöle wird aufgehoben.
2. Die Aussperrung der Mendener Arbeiter wird aufgehoben.
3. Die Arbeiter werden wieder eingestellt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Zugehörigkeit oder der Beitritt zur Organisation soll keinem Arbeiter verwehrt werden.
4. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird der Arbeiterausschuß auf die in den Satzungen vorgesehene Mitgliederzahl erhöht (mindestens 2 Mann). Neuwahlen finden gemäß den Satzungen statt.
5. Ueberstunden werden nach Möglichkeit vermieden. Sind solche notwendig, werden sie mit den einzelnen Betriebsabteilungen vereinbart.
6. Die Firma Schmöle u. Co. erklärt sich bereit, nach Wiederaufnahme der Arbeit die Löhne der großjährigen Gehilfen, soweit solche unter 4,50 M. verdienen, wohlwollend zu prüfen.
7. Die sanitären Einrichtungen in den einzelnen Betrieben sollen für die Folge unter Rücksprache mit dem Arbeiter-Ausschuß geregelt werden.
8. Die Firma Schmöle u. Co. erklärt sich bereit, auf eine allgemeine einheitliche Regelung des Samstag- und Sonntags- und Feiertags- und Frühstücks hinzuwirken. Die Arbeit wird nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse am Dienstag, den 25. März, wieder aufgenommen.

Die vorstehende Vereinbarung wurde von der Arbeiterkassette in geheimer Abstimmung mit über 3/4 der Stimmen angenommen, während ca. 1/4 der Arbeiter gegen die Annahme dieser Vereinbarung stimmte. Damit wäre der lange Kampf in der Mendener Industrie beendet. Zu begrüßen ist es, daß der Organisation keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen. Würde die Vertretung der Organisation bei Ausbruch des Kampfes berücksichtigt worden sein, hätte derselbe diese Schärfe gewiß nicht angenommen. Jedenfalls wird es in Zukunft im Interesse beider Teile liegen, daß die Arbeitgeber- und die Arbeiterorganisationen sich einander näher kommen und bei ausbrechenden Differenzen gleich mit einander in Unterhandlungen treten. Im Interesse des Friedens wird es liegen, daß die Vereinbarungen loyal gehalten und zur Ausführung kommen.

Neueste Statistik über die Arbeitgeberverbände in der Textilindustrie. Das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin hat ein Sonderheft herausgegeben über die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1911. Wir entnehmen ihm über die Arbeitgeberorganisationen in der Textilindustrie folgendes: Diese wies 3 Reichs-, 15 Landes- oder Bezirks- und 77 Ortsverbände mit insgesamt 2616 Mitgliedern und 490 026 beschäftigten Arbeitern auf. Die Zahl der Verbände hat gegenüber dem Vorjahr um 4 zugenommen, die Zahl der Mitglieder aber hat um 686 und jene der beschäftigten Arbeiter um 2803 abgenommen. Die Abnahme ist zum Teil auf die Art der Berichterstattung zurückzuführen. Die drei Reichsverbände heißen: Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie, Sitz Aachen, der Arbeitgeberverband deutscher Jute-Industrieller, Sitz Braunschweig und der Arbeitgeberverband für die deutsche Pflanzenspinndindustrie. Der erstgenannte Reichsverband ist der größte. Es sind ihm 44 Bezirks-, Orts- und Fachverbände angeschlossen. Er zählt insgesamt 1031 Einzelmitglieder mit 316 668 beschäftigten Arbeitern. Ihm gehört auch der Reichsverband deutscher Jute-Industrieller, der 20 Mitglieder mit 22 000 beschäftigten Arbeitern zählt, als Mitglied an. Die wichtigsten Bezirksverbände sind: Der Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber (selbständig), Sitz Augsburg, der Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie, Sitz Forst i. L., der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie (selbständig), Sitz Mühlhausen i. E., der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien, Sitz Leipzig, der Arbeitgeberverband der linksrheinischen Textilindustrie, Sitz Aachen, der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien (selbständig) Sitz Greiz. Die drei Reichs- sowie 15 Landes- und Bezirks- sowie 51 Ortsverbände mit 2493 Mitgliedern und 474 733 beschäftigten Arbeitern haben Vorsorge gegen Schäden aus Arbeits-einstellungen getroffen. Ein Reichsverband, jedenfalls der deutsche Arbeitgeberverband, Sitz Aachen, ist einer Streikentschädigungsgesellschaft angeschlossen. Von den übrigen 68 Verbänden gewähren zwei nach „freiem Ermessen“ und 66 nach „festen Grundsätzen“ ihren Mitgliedern bei Streiks und Aussperrungen Geldentschädigungen.

Interessant ist noch die Gegenüberstellung der gewerkschaftlich organisierten, der bei organisierten Unternehmern beschäftigten und der in der Textilindustrie überhaupt Arbeit und Brot findenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach der Berufszählung von 1907 waren in der Textilindustrie 856 522 Personen beschäftigt. Gewerkschaftlich organisiert sind in der Textilindustrie 178 183 und bei organisierten Unternehmern beschäftigt 490 026 Arbeiter. Daraus geht hervor, daß die Unter-

nehmer einen großen Vorsprung haben. Das ist ja an sich leicht verständlich. Immerhin soll das für uns ein neuer Ansporn sein, an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes emsig zu arbeiten.

„Handlanger“ oder „Fachmann“? In seiner Schrift „Die Ursachen des technischen Fortschritts“ (Dunker und Humblot, Preis M. 1,20) untersucht Otto Kammerer, Professor an der technischen Hochschule zu Charlottenburg, auch die Frage, ob die fortschreitende Maschinenteknik die Arbeiter immer mehr zu „Handlangern“, zu Sklaven der Maschinen mache, oder ob die Entwicklung nicht umgekehrt gehe: fortschreitende Maschinenteknik erfordert in wachsendem Maße tüchtige und intelligente Arbeiter.

Er faßt die Beantwortung der Frage in folgende Sätze zusammen: „Der Ueberblick über die jüngste Entwicklung der Maschinenteknik ließ als hervorsteckendsten Grundzug der Arbeit des letzten Jahrzehnts das Bestreben erkennen, die Maschinen unter Zuhilfenahme der elektrischen Kraftverteilung so zu vervollkommen, daß sie nicht nur ihren Hauptzweck erfüllen — Förderung oder Werkzeugbewegung —, sondern daß sie darüber hinaus auch alle Hilfsgriffe und Handreichungen selbst ausführen. Es geht also die Entwicklung nicht, wie vielfach angenommen wird, dahin, daß immer mehr Handlanger in den Dienst der Maschine gestellt werden. Tatsächlich werden im Gegenteil die Handlanger immer mehr ausgeschaltet; an ihre Stelle tritt eine geringe Zahl hochwertiger Arbeiter, die die notwendige Intelligenz und Fachbildung besitzen, um die vollkommenen Maschinen zu verstehen und richtig zu lenken.“

Wenn auch zunächst die an einer Stelle eines Werkes überflüssig gewordenen Handlanger infolge Steigerung der Produktion an anderer Stelle verwendet werden können, so wird doch jedenfalls der Zuwachs von Handlangern in der Zukunft nur gering sein können; nur das Bedürfnis nach gelehrten Arbeitern wird bestehen bleiben und zunehmen.“

Kammerer hält die Fachbildung für so wichtig, daß er meint, der Staat, der dieses Gebiet vernachlässige, würde vielleicht in Zukunft in die gleiche Verdrängnis geraten wie ein Staat, der hölzerne Kriegsschiffe mit Borberkabelkanonen in den Kampf gepanzerter Umlenkschiffe mit Schnellabgeschützen schickt.

Jeder Kolonialkrieg habe gezeigt, in welchem hohem Maße eine numerische Uebermacht durch vollkommeneren technische Waffen und durch kriegsmäßige Ausbildung überwunden werden könne: das Maschinengewehr siegt über eine Vielzahl von Magazingewehren. In gleicher Weise würde man aus der Erkenntnis der jüngsten maschinenteknischen Entwicklung die Schlussfolgerung ziehen dürfen, daß die industrielle Zukunft dem Staat mit der intelligentesten, tüchtigsten und bestausgebildetsten Bevölkerung gehören würde.

Diese Darlegungen des bekannten Gelehrten sind ja nach mehreren Richtungen hin recht interessant und bedeutungsvoll. Ob sie für alle Industrien zutreffen, möge dahingestellt sein. Sind sie auch für die Textilindustrie zutreffend, dann eröffnet dieser die rasch voranschreitende Entwicklung zur Frauen- und Kinderarbeit nicht gerade günstige Aussichten. Um so weniger, als die Textilindustriellen gegenüber der Fachbildung ihrer Arbeiter überhaupt, namentlich aber ihrer weiblichen Arbeitskräfte, eine auffallend große Gleichgültigkeit und direkte Feindseligkeit an den Tag gelegt haben.

Unseren Gewerkschaften ist hier ein Gebiet gezeigt, auf dem sie besonders fruchtbringende Arbeit leisten können. Bilden sie ihre Mitglieder in fachlicher Hinsicht und nehmen sie Bedacht darauf, daß die verantwortungsvollen Facharbeiter auch ihre Mitglieder sind, dann erfüllen sie nicht bloß eine große volkswirtschaftliche Aufgabe, sondern dann erobern sie sich auch eine kolossale Macht selbst innerhalb der großen und größten Betriebe.

Verfrachte Generalfreistreikexperimente. Vor Jahren gebärdete sich die Sozialdemokratie, glücklich eine „neue Waffe im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft“ gefunden zu haben, die Waffe des Generalfreistrikes, der Arbeitseinstellung von Massen eines ganzen Gewerbes oder mehrerer Industrien, einer Stadt oder eines ganzen Landes. So oft sie aber mit dieser Waffe ausholten, verlegten sie sich selbst und gaben es wieder dran. In letzter Zeit haben zwei Generalfreistrikepläne von sich reden gemacht. In Ungarn und in Belgien hatte die Sozialdemokratie wochenlang unter vielem Drum und Dran zum Generalfreistrike gerufen. Nach den Meldungen der sozialdemokratischen Presse war alles vorbereitet. Es sollte im Ernst zu diesem äußersten Mittel gegriffen werden, um den bürgerlichen „Machtshabern“ einmal zu zeigen, was das „Proletariat“ alles kann; und was diese „Gewaltshaber“ an Rechten nicht gutwillig hergeben wollten, das sollte ihnen durch die Schreckenstat von Generalfreistrike abgerungen werden. Alles war bereit. Die „Machtshaber“ und die Industrie erwarteten die „Katastrophe“. Und da! Im letzten Augenblick besann sich die Sozialdemokratie eines Besseren. Sie bestellte den Generalfreistrike ab. Warum? Natürlich, weil sie Angst vor der eignen Courage bekommen hatte, weil sie nicht hereinfallen, der Lächerlichkeit verfallen, und sich selbst nicht in die Finger schneiden wollte. Darum nicht. Vielleicht war es ihr von vornherein nicht ernst gemeint und das Stürmchen nur geschaukeltes Spiel. Vielleicht gedachte man durch die bloße Androhung das Ziel erreichen zu können. In beiden Fällen hat sich die Sozialdemokratie arg getäuscht. Sie hat gar nichts erreicht und muß heute ihren Mannen allerlei lächerliches Zeug vorführen, um den Vereinfall etwas zu verdecken. Die Ungarn entschuldigen sich damit: daß „diese Regierung doch (einmal) in sich selbst zusammen-

brechen" würde. Wozu also die Opfer? Schließlich wäre die Sache nur aufgeschoben. Der Unfall der belgischen Sozialdemokraten läßt sich noch weniger entschuldigen. Nicht das geringste Zugeständnis der Regierung hinsichtlich einer Verfassungsreform haben die Sozialdemokraten erhalten. Sie warfen ihren Beschluß, den Generalfreistell zu proklamieren, um, als sie hörten, daß der Ministerpräsident einigen Bürgermeistern gesagt habe, er wolle seinen Kollegen mitteilen, was gewünscht würde. Verschwendend, wie sich die Sozialdemokratie in diesen beiden Fällen gedrückt hat, kann man es nicht mehr tun. Sie weiß warum.

Die italienischen Genossen haben auch Generalfreistell-geklüfte. Aber sie gehen mit dem Landsturm voran. Sie wollen die Frage, ob Generalfreistell oder nicht, der Gesamtheit der Genossen vorlegen und eine Urabstimmung darüber herbeiführen. Wahrscheinlich wird's dann nichts geben.

In Zürich hat im Juli vorigen Jahres ein Generalfreistell stattgefunden. Es kam nichts dabei heraus, wie schwere Strafen der Streitenden wegen Beschimpfung, Bedrohung und Gewalttätigkeit. Eine Kommission hat seitdem die Angelegenheit untersucht und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß in Zukunft in Zürich das Streikpostenstreiken sofort zu verbieten sei, wenn Arbeitswillige verfolgt, angegriffen, beschimpft, Sachbeschädigungen oder andere erhebliche Ausschreitungen durch Streitende begangen würden. Der Erfolg dieses Züricher Generalfreistells war also eine Verschärfung der Strafbestimmungen bei Streiks und Streikvergehen.

Ein dreister Schwindel wird von dem Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker verbreitet, um dem verhassten Gutenbergbund einen Schlag zu versetzen. Es handelt sich um folgende Sache:

Der Vorsteher der Kölner Druckereifirma Max Scharmikel, Herr Dr. Scharmikel, zugleich Generalsekretär des Verbandes der Bindthorfbünde Deutschlands, soll an seine dem sozialdemokratischen Buchdruckerverbände angehörenden Gehilfen das Verlangen gestellt haben, aus dem Verbands aus- und in den Gutenbergbund einzutreten. Sie müßten das unbedingt tun, sonst würde er sein Geschäft ruinieren. Der Grund zu diesem angeblichen Vorgehen Scharmikels soll nach der Behauptung des „Korrespondenten“ darin zu suchen sein, daß Felder, der Sekretär des Gutenbergbundes, bei Scharmikel vorstellig geworden sei und mit Entziehung der Druckmaschinen gedroht habe, falls die Gehilfen nicht dem Bunde beitreten. Die Schritte Felders hätten aber den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Sogar das Tariffamt habe das Vorgehen Felders als gegen den Tarif verstößend erklärt. So die Darstellung des „Korrespondenten“.

Jedoch: Die ganze Darstellung ist Schwindel. Der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes, ist der Sache nachgegangen. Untern 7. März hat das Tariffamt ihm brieflich mitgeteilt, daß in der erwähnten Sache eine Entscheidung vom Tariffamt gar nicht gefällt worden sei. Also Schwindel. In der Sache selbst wird mitgeteilt, daß die erwähnte Firma große Aufträge seitens der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine habe. Auf einer Vorstandssitzung des katholischen Arbeitervereins Lindenthal hat Felder als Mitglied des Vereins verlangt, daß die Druckmaschinen nur an solche Firmen vergeben werden sollten, bei der auch christlich organisierte beschäftigt würden. Die Firma erklärte sich bereit, etwas in der Sache zu tun. Felder legte ihr aber nahe, keinen Zwang auf die Gehilfen auszuüben, da sie sonst mit dem Tarif in Konflikt geraten würde und dem Gutenbergbund mit Mitgliedern, die nur in die Organisation hineingezwungen würden, nicht gedient sei. Später hat die Firma Felder einige Adressen von Kollegen zugestellt, die auf eignen Wunsch zum Gutenbergbund übertraten wollten. Den drei in dem Schreiben genannten Kollegen hat Felder dann Material und Aufnahmefähigkeit zugehen lassen. Acht Tage später hat er vernommen, daß zwei von den dreien wieder ausgetreten seien. Von da ab hat er in der Sache nichts mehr gehört. — Soweit der Sachverhalt bei diesem „verabschwörungswürdigen katholischen Terrorismus“.

Nun die Reheite: Die sozialdemokratischen Gewerkschaften lassen ihre Druckmaschinen selbstverständlich nur in hauseigenen Parteidruckereien herstellen. Die sozialdemokratischen Konsumvereine, Sportvereine, Krankenvereine genau so. Die sozialdemokratischen Blätter werden nur von sozialdemokratischen Sehern und Druckern bedient. Das alles ist den Leuten so selbstverständlich, daß sie es sich gar nicht anders vorstellen können. Welch ein verabschwörungswürdiger Terrorismus!

Aus unserer Industrie.

Bericht über die Lage der deutschen Textilindustrie.

Der bisherige günstige Verlauf der Londoner Wollauktion und der letzte Verlauf auf den Preissteigerungen deutscher Wollen verursachte, daß die Abgeber des deutschen Produktes auch mit Hinblick auf die ungenügenden Zufuhren ihre Preise weiter erhöht haben. Zu den erhöhten Preisen fanden in allen Beschaffungen, vornehmlich aber in größeren Gewerks, befriedigende Umsätze statt. Demgegenüber waren die Verkäufe in überseeischen Wollen nicht sehr bedeutend, die Preislage für diese muß aber auch als recht fest bezeichnet werden. Die Abfälle, welche in Baumwollgarnen und Baumwollgeweben gemacht wurden, bewegten sich in engen Grenzen, dagegen herrschte mehr Interesse für Wollabfälle, die gleichfalls recht hohe Preise durchsetzen konnten. Auch Kunstwollen haben von der Preissteigerung profitiert und können besonders auch wiederum in großen Beschaffungen recht hohe Preise erzielen. Das Geschäft in

wollenen Garnen war nicht von großer Bedeutung, speziell für Kammgarne fehlt es an größeren neuen Orders, die Preislage ist unverändert; die Spinner glauben höhere Preise verlangen zu können, stoßen jedoch auf Widerstand bei den Käufern. Auch in Bezug auf das Geschäft in wollenen und halb wollenen Webwaren hat sich in dieser Woche wenig geändert, der Bedarf beschränkt sich lediglich auf Deckungsläufe, die zu unveränderten Preisen geschehen. In Wirk- und Strickwaren sind ebenso nennenswerte Umsätze kaum gemacht worden, das Exportgeschäft in diesen Artikeln liegt augenscheinlich ruhig. Andere Zweige der Webwarenbranche, so besonders die Möbelstoff- und Deckenfabrikanten sind mäßig, die Teppichfabrikanten für den einheimischen Bedarf ziemlich gut beschäftigt. Etwas günstiger ist die Stimmung für baumwollene Garne geworden, bei den Käufern besteht Neigung, sich einzudecken, die Spinner in ihrer Mehrzahl sind noch genügend, und wie es heißt, auch zu lohnenden Preisen beschäftigt. In der Baumwollweberei sind größere Umsätze in der letzten Woche weder für den inländischen Konsum, noch für den Export getätigt worden. Auch von irgend einer Besserung der Gesamtlage in der Seidenindustrie kann in dieser Woche nicht berichtet werden. Jutegarne und Jutegewebe notieren eher höher, die weitere Steigerung des Rohmaterials veranlaßt die Verkäufer, bei Neuabschlüssen recht vorsichtig zu Werke zu gehen. Die Gesamtlage der Juteindustrie ist weiterhin günstig. Auch aus der Leinenindustrie liegen befriedigende Nachrichten vor. Der Bedarf der inländischen wie der ausländischen Verbraucher für Leinengarne aller Arten bleibt bestehen, die Preise haben in dieser Woche wiederum eine Steigerung erfahren. Leinengewebe erfreuen sich guter Kaufkraft speziell für den ausländischen Markt.

Das Tüllelend.

In diesen Tagen geht die Nachricht durch die Presse, daß in Zwickau eine Sitzung von Tüllfabrikanten stattgefunden habe, in der man sich über die Festsetzung von Mindestpreisen und außerdem über eine Reduktion der Tüllherzeugung einig geworden sei. Es wurde daran die Vermutung geknüpft, daß in diesen Beschlüssen der Anfang einer neuen Tüllkonvention erblickt werden könne.

Wie dazu von einer großen sächsischen Tüllfabrik mitgeteilt wird, sei vorläufig an eine Wiederaufrichtung der Konvention gar nicht zu denken. Die Bestrebungen seien im Augenblicke nicht aussichtsreich und man müsse sich hüten, in dieser Beziehung allzu optimistisch zu sein. Wenn man auf die Entwicklung der deutschen Textilindustrie und der Kurse der Tüllaktien in den letzten zwei Jahren zurückblickt, so bietet sich ein trauriges Bild. Dieses Bild wird auch dadurch nicht erfreulicher, daß immer wieder versucht wurde, mit Nachrichten über eine bevorstehende Erneuerung der Konvention die Kurse der Tüllaktien zu heben. Im August vorigen Jahres zum Beispiel hat die Spekulation damit die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Tüllaktien gerichtet. Sie verbreitete außerdem, daß eine große Tüllmode bevorstehe, und das Publikum lehrte sich nicht mehr an die sehr ungünstigen Mitteilungen aus der Tüllindustrie selbst, sondern glaubte den Gerüchten, die doch offensichtlich spekulativ waren.

Inzwischen hat sich gezeigt, daß eine Tüllmode nicht gekommen ist und ebenso wird auch wohl vorläufig eine Tüllkonvention nicht kommen. Im Gegenteil hat sich die Situation der Tüllindustrie weiter verschlechtert. Schon im Oktober vorigen Jahres teilte die Tüllfabrik Hölha mit, daß das Tüllgeschäft sehr darniederliege und daß auch die Aussichten für die nächste Zukunft bei der jetzigen Ueberproduktion ungünstig wären. Diese Voraussage hat sich bewahrheitet. Der Abschluß der Boigtländischen Tüllfabrik zum Beispiel, die schon mit der Dividende für 1911 von 15 Prozent auf 10 Prozent zurückgehen mußte, hat diesmal nur eine Dividende von 6 Prozent gebracht. Die Folge war, daß die Kurse der Tüllaktien sich abschwächen. Im Hinblick auf die eben zitierte Nachricht über Festsetzung von Mindestpreisen sei auf die Ausführungen hingewiesen, die die Boigtländische Tüllfabrik in ihrem letzten Geschäftsberichte machte. Es hieß dort: „Die Bestrebungen, durch Vereinbarungen die Preise wieder auf eine lohnende Höhe zu bringen, scheiterten. Es dürfte, so lange der Tüllverbrauch nicht anscheinlich zunimmt, eine wesentliche Preisheerhöhung nur schwer durchzuführen sein, da bei dem geringen Rollschuß eine Preisheerhöhung lediglich die ausländische Konkurrenz zu vermehrter Einfuhr ermuntern würde. Die Aussichten lassen daher auch heute ein sicheres Urteil noch nicht zu.“

Ansehhandel der Vereinigten Staaten von Amerika in Baumwollwaren.

Die Einfuhr von Baumwollwaren nach den Vereinigten Staaten von Amerika, die rund 70 v. H. der Gesamtverzeugung von Baumwolle auf der Welt ausbringen, betrug sich im Kalenderjahr 1912 auf rund 70 Millionen Dollars, während aus diesem Lande Waren aus Baumwolle für rund 50 Millionen Dollars zur Einfuhr gelangten. Die Einfuhr war ungefähr gleich groß wie 1910 und 1911, indessen die Ausfuhr sich erheblich gesteigert hat. In den letzten fünfzehn Jahren, seit 1897, stieg die Einfuhr von Baumwollwaren von 32 auf 70 Millionen Dollars oder um 120 v. H., die Ausfuhr von 18 1/2 auf 50 Millionen oder 170 v. H.

Die Verzeugung von Baumwolle zum Verbrauch in Spinnereien stellte sich 1911 auf 22 297 000 Ballen, wovon 15 546 000 oder 70 v. H. die Vereinigten Staaten lieferten, ferner kamen 2514 000 Ballen aus Britisch-Indien, 1 450 000 Ballen aus Ägypten, 1 200 000 Ballen aus Kasland, 1 587 000 Ballen aus anderen Ländern.

Von der Baumwolle der Vereinigten Staaten werden ungefähr zwei Drittel ausgeführt, namentlich nach England, Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern; diese liefern dagegen große Mengen von Baumwollwaren, hauptsächlich solche der besten Sorten, nach den Vereinigten Staaten.

Europa liefert die Hauptmenge der nach der Union eingeführten Baumwollwaren, während es dieser nur sehr wenig solche abnimmt. Jährlich gehen im Durchschnitt ein aus Großbritannien für rund 20 Millionen Dollars, hauptsächlich Zeuge und Spizen, aus der Schweiz für 15 Millionen Dollars, aus Deutschland für 16 und aus Frankreich für 10. Die Schweiz ist Hauptlieferantin für Spizen und Stickereien; sie lieferte davon im letzten Jahre für 13 Millionen Dollars, Frankreich für 8, Deutschland für 7 1/2 und Großbritannien für 6 1/2.

Unter den Ausfuhrländern für amerikanische Baumwollzeuge steht China noch an der Spitze, obwohl auch im letzten Jahre der Absatz dorthin erheblich hinter dem Vorjahre zurückblieb. Andere wichtige Absatzgebiete sind Kanada, Kuba, Columbien, Aken und die Philippinen. Baumwollene Kleidungsstücke und Wirkwaren gehen hauptsächlich nach Kanada und Großbritannien.

Die Vereinigten Staaten stehen unter den Einfuhrländern für Baumwollwaren an dritter Stelle; im Jahre 1911 betrug der Wert dieser Einfuhr 66 Millionen Dollars gegen 161 für Britisch-Indien und 94 für China. In der Reihe der Ausfuhrländer für Baumwollenerzeugnisse steht die Union trotz ihrer Fortschritte noch ziemlich weit hinten; so führte sie im Jahre 1911 für 46 Millionen Dollars aus, während die entsprechende Ziffer für Frankreich 68, für Deutschland 122 und für Großbritannien 584 betrug.

Aus dem Verbandsgebiete.

An unsere Ortsgruppenvorstände!

Mit dieser Nummer unseres Zentralorgans sind jeder Ortsgruppe 10 Stück

neue Abrechnungsformulare

zugefandt worden. Die Ortsgruppenassistenten werden ersucht, für die Abrechnungen mit der Zentralkasse nur die neuen Formulare zu benutzen.

Die Geschäftsstelle.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosen-Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 29. März, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat März ist; gleichzeitig auch Schluß der Arbeitslosenzählung für das erste Vierteljahr d. J. Die gelben Berichtskarten (Vierteljahreskarten) sind spätestens bis zum 4. April an die Zentrale einzufenden. Man vergesse nicht die genaue Angabe der am Schluß des Quartals vorhandenen Mitglieder in der Ortsgruppe.

Ueber den Monat Februar haben folgende Ortsgruppen nicht berichtet:

- Bezirk Krefeld: Burgwaldniel, Geldern, Krefeld.
- „ M.-Glabach: keine.
- „ Aachen: Haaren, Imgenbroich.
- „ Barmen: Haan.
- „ Bocholt: Ahaus, Dülmen, Stadthohn.
- „ Münster i. W.: Sassenberg, Ummeln.
- „ Hannover: Mülhhausen.
- „ Schlesien: keine.
- „ Sachsen: Silenburger, Guben, Kunersdorf, Leipzig, Simbach, Delitzsch, Plauen, Sorau.
- „ Bamberg: keine.
- „ Augsburg: Aa, Lechhausen, Haunstetten, Memmingen.
- „ Württemberg: Waldsee, Wangen.
- „ Baden: Schopfheim, Schönau, Thiengen.
- „ Elsaß: Carlpach.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Greiz.

Mit einem Erfolge beendet. Die bei der Firma F. H. Maß ausgebrochene Bewegung der Spinnerarbeiter konnte in befriedigender Weise für die daran beteiligte Arbeiterschaft beigelegt werden. Die Firma bewilligte von den Forderungen: zehn Prozent Lohnheerhöhung auf alle bestehenden Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich, Arbeits-schluß an Sonnabenden und vor Festtagen nachmittags 4 Uhr. Das Maschinenputzen geschieht Sonnabends nachmittags von 3-4 Uhr.

Aus unseren Bezirken.

Die Arbeiterinnenkonferenz in Mülhausen

hat ihre agitatorischen Erfolge bereits gezeitigt. Es regt sich die Verbeulst unter unseren Kolleginnen, und ihre Arbeit ist nicht fruchtlos. Ueber den Verlauf der Konferenz ist bereits in der vorigen Nummer berichtet worden. Jetzt geben wir das ausgezeichnete Referat wieder, das auf der Konferenz die Kollegin E. Großinger über die Arbeiterin im Erwerbeseben

hielt. Die Referentin führte aus: „Die gewerbliche Frauenarbeit ist viel älter, als wir es uns gewöhnlich vorstellen. Die Ursache für das Entstehen der Arbeiterinnenfrage erblickt man oft einseitig in dem Aufkommen der Maschine. Die Maschine soll den Wandel veranlassen und die Frau in das Erwerbeseben hineingezogen haben. Was lehrt uns demgegenüber die Geschichte? Lange vor Erfindung der Maschine

gab es bereits gewerbliche Frauenarbeit, gab es schon ein Bedürfnis nach weiblichen Arbeitskräften. In einer Verordnung Karls des Großen vom Jahre 798 wird den Frauen das Wollspinnen, Flachsbrechen, das öffentliche Kleiderwaschen und die Schaffschur an Sonntagen verboten. Hier haben wir es mit Frauenarbeiten zur Zeit der Hörigkeit zu tun, Arbeiten, die in sogenannten Frauenhäusern oft von Hunderten von Frauen ausgeübt wurden. Wie die moderne Arbeiterin zur Fabrik geht, so ging die Frau der damaligen Zeit zum Frauenhause.

Das Aufkommen des Handwerks und des Kunstwesens führte einen Umschwung herbei. Die Frauen wurden jetzt Gehilfinnen und Lohnarbeiterinnen. Man wies ihnen die Vorarbeiten zu, so in der Woll- und Leinenweberei das Kämmen, Spinnen, Garnziehen und Spulen. Die Kölner Schneider erlaubten den Frauen nur die Anfertigung von Frauengewändern und Unterleidern. In einer Verordnung vom Jahre 1457 in Konstanz heißt es, daß die Frauen nur Leinen und Tuch, aber weder wollenes noch Kürschnerarbeit nähen dürfen. Im Jahre 1593 wehrten sich die Schneider in Hohenzollern dagegen, daß den Frauen Schneiderarbeit von Wolle, Seide und Barchen gestattet sei.

Dann beginnt die neue, die moderne Zeit herauszukommen. Mit Verschiebungen auf dem Gebiete des Warenabfahes kündigt sie sich an. Das Handwerk gerät in eine bebrängte Lage. Der geschützte und geschätzte Markt geht verloren. Der Weltmarkt verlangt größtmögliche Verbilligung der Produktion, und diese suchte man zunächst durch die Massenbeschäftigung von Frauen und Kindern zu erreichen. Also, Frauenarbeit gab es genug, ehe man die Maschine kannte. Und dann kam mit der Maschine auch die Fabrik. Im Jahre 1768 wurde in England die erste Baumwollspinnerei gebaut und schon 1788, noch vor Anwendung der Dampfkraft, gab es in England und Schottland 142 Fabriken, in denen neben 26 000 Männern und 35 000 Kindern 31 000 Frauen mit Spinnen beschäftigt wurden. Dann kam die Zeit der wirtschaftlichen Ungebundenheit! Die Fabriken wurden Stätten unfagbaren Elends. Was den Umfang der Erwerbstätigkeit der Frauen in der damaligen Zeit anbelangt, so wird uns berichtet, daß sie besonders in der Textilindustrie allgemein war. Die Unternehmer nahmen lieber Mädchen als Knaben, weil die Mädchen billiger arbeiteten und sich alles gefallen ließen. Im Jahre 1839 waren in den Baumwollfabriken Großbritanniens 56, in den Wollfabriken 69 und in den Seidenfabriken 70 Prozent aller Beschäftigten Arbeiterinnen. So war es in England. Fabrikarbeit und Arbeiterinnenleben finden wir selbstverständlich auch in dem industriell entwickelten Deutschland. Der Selbstmord einer noch im Kindesalter stehenden Arbeiterin in Warmen gab äußerlich den ersten Anstoß zur Fabrikgesetzgebung in Preußen.

Und wie steht es mit der Fabrikarbeit der Frauen in unserer Zeit? Die Frauenarbeit findet eine stets steigende Verwendung. In der deutschen Textilindustrie ist es soweit gekommen, daß bereits mehr Frauen als Männer beschäftigt werden. Nach der Gewerbezahlung vom Jahre 1907 waren in der deutschen Textilindustrie beschäftigt: Männer 393 523, Arbeiterinnen 464 332, darunter etwa 175 000 verheiratete Frauen. Unsere Industrie hätte diesen wachsenden Zustrom an Arbeiterinnen gar nicht aufzunehmen vermocht, hätte nicht die fortschreitende Technik tausend neue Möglichkeiten zu ihrer Verwendung geschaffen. Die immer feiner konstruierten Maschinen, die Mannigfaltigkeit in der Arbeitsteilung verlangen stinke Frauenhände. Die Tatsache, daß so viele Frauen und Mädchen gewerblich tätig sein müssen, macht nicht den tiefsten Inhalt der Arbeiterinnenfrage aus. Gearbeitet hat die Frau ja immer. Es kommt auf die Begleitumstände an, unter der die Fabrikarbeit der Arbeiterinnen sich vollzieht. Die moderne Fabrikarbeit ist an sich schon mit mannigfachen Gefahren für Körper und Geist verbunden. Diese Gefahren können ihre Ursache haben in der Beschaffenheit des Arbeitsraumes, in der Art der Arbeit und in der Umgebung, in der sie geleistet wird. Auch heute noch finden sich alte Fabriken mit engen, niederen Räumen und schlechter Ventilation. In Textilfabriken und Buchbindereien bedarf es hoher Temperaturen. Mit Gasen, Dämpfen, Dämpfen geschwängerte Luft herrscht in Kunstankalen, Klättereien, in manchen Zweigen der Holzindustrie. In Waschanstalten, Färbereien, Fischbereiungsanstalten leiden die Leute unter der Nässe. In Lumpenfortierereien, Textil- und Tabakfabriken entwickelt sich Staub. Ferner ist die Art der Arbeit eine viel intensivere geworden. Die Bedienung der rasenden Maschinen stellt große Anforderungen an die Nervenkraft. Infiltrierungen durch Rohstoffe, Hautirritationen mit giftigen Substanzen haben gesundheitliche Schäden im Gefolge. Dem Zusammenarbeiten mit rohen, sichtlich vorkommenden Arbeitskollegen kann sich die Fabrikarbeiterin nicht immer entziehen. Wie muß unter all diesen schädigenden Wirkungen der weniger widerstandsfähige Organismus der Fabrikarbeiterin ergriffen werden? Die Nachteile der Fabrikarbeit der Arbeiterinnen sind nicht hauptsächlich in der Schwere der Arbeit zu suchen. Die Nachteile sind vielmehr in den Begleiterscheinungen der Arbeit, Staub, Dampf, Lärm usw., die Art der Arbeit zu suchen. Hier müssen die Frauen den ganzen Tag sitzen, dort den ganzen Tag stehen, dazu oft in heißen, nicht genügend gelüfteten Arbeitsräumen. Viele Mädchen gibt es, die, obwohl sie in der körperlichen Entwicklung noch zurück sind, täglich 10 Stunden in Textil- und anderen Fabriken andauernd stehend oder sitzend arbeiten müssen. Da ihr schwacher Körper diesen Anstrengungen nicht gewachsen ist, so stellen sich häufig Lungenerkrankungen, Magen- und Darmkatarrh und andere Krankheiten ein. Von ungeheurer Tragweite sind auch die geistig-sittlichen Gefahren, denen besonders die heranwachsende weibliche Jugend ausgesetzt sind. Die schädigenden Wirkungen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen auf das Familienleben

sind zu bekannt, als daß sie hier noch erörtert zu werden brauchen.

Aus dem Angeführten geht hervor, daß der Zusammenschluß, die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiterinnen noch nötiger ist als für die männlichen Arbeiter. Und doch ist bekannt, wie schwer gerade die Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu gewinnen sind. Zu übertriebenen Klagen aber liegt doch kein Anlaß vor. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Frauen, wenn sie einmal den Gewerkschaftsgedanken erfaßt haben, sie ebenso treue und eifrige Mitglieder sind wie die Männer. Ja, wenn die Frauen erst einmal den gewerkschaftlichen Gedanken richtig erfaßt haben! Darin liegt eben die Schwierigkeit. Arbeiterinnen organisieren heißt, das Vertrauen der Arbeiterinnen gewinnen, heißt, sie richtig verstehen und würdigen. Betrachten wir nun zunächst die Widerstände, auf welche wir bei der Agitation unter den Arbeiterinnen meistens stoßen. Die rein nützlichsten, verstandesmäßige Beurteilung wirtschaftlicher Fragen ist nicht Frauenart. Die Frau arbeitet in der Fabrik, um am Jahstage ihren Lohn zu erhalten. Die Stellung des Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber, der Anteil des Arbeiterstandes am gesamten Wirtschaftsleben und ähnliche Fragen machen der Arbeiterin wenig Sorge. Dann betrachtet die Arbeiterin die Fabrikarbeit meistens nur als Durchgangsstadium. Noch ein paar Jahre, dann hat die Dual ein Ende, so denkt die ledige Fabrikarbeiterin. Die verheiratete Arbeiterin aber betrachtet ihren Verdienst mehr als Beihilfe zum Verdienst ihres Mannes. Dazu kommt noch, daß die Arbeiterin nicht gerne in Versammlungen geht, besonders, wenn diese in Wirtschaften abgehalten werden. Alle diese Umstände lassen die Agitation unter den Arbeiterinnen als besonders schwierig erscheinen. Und doch ist die Gewinnung gerade der Arbeiterinnen für manche Gewerbe, so zum Beispiel für das Textilgewerbe, eine Lebensfrage der Gewerkschaft. Diesem Umstande hat der christliche Textilarbeiterverband nach Möglichkeit Rechnung zu tragen gesucht. Seit zwei Jahren ist eine Sekretärin, Fräulein Harber, fest angestellt. Den weiblichen Mitgliedern wird, neben ihrem Verbandsorgan, noch das Organ der betreffenden konfessionellen Arbeiterinnenorganisation gratis geliefert. Da, wie ich bereits ausführte, der weibliche Körper durch die Fabrikarbeit Erkankungen am leichtesten ausgesetzt ist, so kommt die vom Verband gezahlte Krankenunterstützung auch den Arbeiterinnen hervorragend zugute. Daß es sich hierbei nicht um kleine Summen handelt, ergibt sich wohl aus der Tatsache, daß der Verband bis zum vorigen Jahre im ganzen den Betrag von 478 190 M. allein an Krankenunterstützung zahlte.

Wie fangen wir es nun am zweckmäßigsten an, um die Arbeiterin von den Vorteilen, welche die Gewerkschaft ihr bietet, zu überzeugen, sie für den Verband zu gewinnen? Der erfolgversprechendste Weg ist die Hausagitation, das Werben von Person zu Person. Diese ist in erster Linie durch Kolleginnen zu betreiben, von denen immer mehr agitatorisch geschult und für die Werbearbeit gewonnen werden müssen. Auf Anregung unserer Sekretärin Harber hin sind in allen Ortsgruppen unseres Verbandes Agitationskommissionen aus Arbeiterinnen zu bilden. Diese haben die Agitation unter den Arbeiterinnen am Orte systematisch zu betreiben. In den regelmäßig abzuhaltenden Sitzungen dieser Kommissionen wird beschlossen, welche Hausbesuche an Hand des gesammelten Adressenmaterials gemacht, welche Fabrikbesprechungen für Arbeiterinnen veranstaltet werden usw. Ueber die geleistete Arbeit und den gehaltenen Erfolg hat eine aus der Kommission gewählte Berichterstatterin der Bezirksberichterstatterin unserer Sekretärin Bericht zu erstatten. Wenn diese neue Einrichtung überall richtig funktioniert, dann werden wir sicher das uns gesteckte Ziel erreichen: Eingliederung aller christlich denkenden Arbeiterinnen in unsere christliche Berufsorganisation.

Der Jahresbericht des Gaues Vogtland

weist in seinem ersten Teil auf die Schwierigkeiten hin, die unserer Bewegung im vergangenen Jahre hinderlich waren. Reichstagswahl, Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, Gewerkschaftsstreit, Einführung der Lokalbeiträge, Steigerung der Preise für Lebensmittel gaben der Sozialdemokratie mehr als andere Jahre Veranlassung, in Bekämpfung unserer Bewegung zu machen. Wie schon früher nachgewiesen wurde, arbeiten auch in letzter Zeit hauptsächlich Agitatoren des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes mit den schäblichsten Mitteln gegen uns. Daß dabei die Erhebung eines Lokalbeitrages als Agitationsmittel von einer gegnerischen Organisation benutzt wird, läßt den Wert der genannten Organisation nicht gerade im günstigsten Lichte erscheinen.

Der Geschäftsgang war der beste nicht. Nur im 1. Quartal des vergangenen Jahres ist von einer guten Geschäftslage die Rede. Im letzten Quartal hauptsächlich wird von einem Dariederliegen der Stickerien geschrieben. Trotzdem war es möglich, in vier neue Orte einzubringen, was immerhin als ein agitatorischer Erfolg bezeichnet werden kann.

An Unterstützungen wurden ausgezahlt 7 276,65 M. und zwar für Streikunterstützung 4 046,35 M., Krankenunterstützung 2 201,40 M., Arbeitslosenunterstützung 618,90 M., Sterbegeld 370 M., Reiseunterstützung 40 M.

Diese Summen beweisen am besten, wie notwendig die Einführung der Lokalbeiträge gewesen ist. Sie werfen aber auch zugleich alle Behauptungen von der Nutzlosigkeit des Verbandes über den Haufen. Unser Mitglieder mögen sich diese Zahlen einprägen und in der Hausagitation verwenden.

Aus dem Kapitel Lohnbewegungen ist besonders bemerkenswert, daß alle Bewegungen, an welchen sich unsere Organisation beteiligte, mit Erfolgen für die Arbeiterenschaft beendet wurden.

An Versammlungen, Fabrikbesprechungen usw. wurden 74 abgehalten. Referate über die zeitgemäßesten Ereignisse sorgten für die nötige Unterrichtung der Mitglieder. Die Korrespondenz weist gegen das Jahr 1911 eine bedeutende Vermehrung auf. Zum Schluß stellt der Jahresbericht den einzelnen Ortsgruppenvorständen für das Jahr 1913 drei Aufgaben.

1. Steigerung der Mitgliederzahlen,
2. Bessere Finanzierung der Zentralkasse wie Ortsgruppenkasse,
3. Größere Schulung unserer Mitglieder.

Die erste Aufgabe wird gelöst durch die Durchführung der Elberfelder Agitationsbeschlüsse. Eine bessere Finanzierung der Kasse wird die Einführung der Lokalbeiträge ergeben. Größere Schulung der Mitglieder soll durch Unterrichtskurse erreicht werden. Einige Ortsgruppen haben bereits mit solchen Unterrichtskursen begonnen. Mit dem Hinweis darauf, daß die Schwierigkeiten vom Jahre 1912 uns im neuen Jahre nicht mehr hinderlich sind, oder in dem Maße auftreten werden, wird durch die Entfaltung aller agitatorischen Kräfte im Jahre 1913 eine weitere Stärkung unseres Verbandes erwartet.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Cottbus. In unserer letzten Versammlung wurde zunächst des unerwünschten Föderalismus und Bahnbrechers der deutschen Sozialpolitik, des Freiherrn v. Berlepsch gedacht, der am 30. März seinen 70. Geburtstag feiert wird. Die Gesellschaft für soziale Reform, der auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit angeschlossen sind, hat beschlossen, daß aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres Vorsitzenden ein Berlepschfonds gebildet werde. Auf ausdrücklichen Wunsch des Freiherrn v. Berlepsch soll dieser Fonds nur gebildet werden aus vielen kleinen Scherflein der Angehörigen jener Verbände und Organisationen, die die Gesellschaft für soziale Reform bilden. Es sei nun an den christlichen Gewerkschaften, zu zeigen, daß Dank und Anerkennung bei ihnen noch keine verbläpsten Tugenden sind. Nur ein Klasse, die verdienstvolle Männer zu ehren weiß, wird auf die Dauer jene Charaktere und Persönlichkeiten finden, deren sie in ihrem Emporsteigen bedarf.

Als Berichterstatter über den Verlauf und Ausgang der Lohnbewegung der Textilarbeiter in Sommerfeld ergriff der Kollege Fasbender (Forst) das Wort. Er schilderte die ungleichliche Lage der Textilarbeiter in Sommerfeld. Der Durchschnittslohn der Weber betrage wöchentlich 12 M. 5, 6 und 7 M. Wochenlohn für erwachsene Arbeiter sei nichts seltenes. Die gemachten Zugeständnisse, die erst nach einem fünfjährigen Ausstand erreicht wurden, sind folgende: für Weber vom 1. April ab eine Lohnerhöhung um 5% und vom 1. Oktober noch eine Lohnerhöhung um 5%; ferner eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfg. Bei den Spinnern eine einmalige Lohnerhöhung um 5%. Frühstücks- und Wesperspauken wurden abgelehnt. Es wäre also bei den Webern, als Resultat eine Lohnerhöhung von 12 M. auf 13,20 M. zu konstatieren, also ein Gewinn von 60 M. jährlich, was man dem Eingreifen und der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu danken habe. Da die Gewerkschaften auch bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. dem Arbeiter zur Seite stehen, sei es allen christlich und national gesinnten Arbeitern dringend anzuraten, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, um so mehr, da die finanziellen Verhältnisse derselben sehr günstig liegen (10 M. pro Kopf, eine Summe, die sich mit der Zeit noch bedeutend erhöhen wird.) Nach Schluß der Versammlung blieben die Mitglieder noch zur Aussprache beisammen.

Greven. Eine unerfreuliche Sache ist es, die uns zwingt, unser Organ in Anspruch zu nehmen. Es handelt sich um die Verhältnisse in der Spinneret der Firma Gebr. Schründer, Aktien-Gesellschaft. Löhne von 15-18 M. pro Woche für erwachsene Arbeiter sind nichts seltenes. Aber ein anderer Mangel ist es, über den heute berichtet werden soll. Es ist bei dieser Firma an der Tagesordnung, daß Übergearbeitet wird. Wenn auch in jedem Betriebe einmal länger gearbeitet werden muß, so ist es doch bei dieser Firma wirklich zum Mangel geworden. Jeder, auch noch so kleine Ausfall an Arbeitszeit wird nachgeholt, und wenn nur fünf Minuten sind. Auch jetzt sollte der Betrieb 1 1/2 Tag ruhen, am 21. und 22. v. Mis. Mit dem Krankenkassenvorstand wurde die Sache besprochen, der auch zusagte, weil die Firma auch vor kurzem einem Wunsch der Arbeiter entgegengekommen war. Als Ersatz sollte jeden Tag eine Stunde Übergearbeitet werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen waren damit einverstanden. Als aber nach dem zweiten Tage der Ueberarbeit die Wolle sehr schlecht wurde und sogar die Flegerinnen tagsüber auf Material warten mußten, wollten die Arbeiterinnen nicht mehr länger überarbeiten. Einige gingen zum Meister und sagten ihm dieses. Dieser wies die Arbeiterinnen zum Direktor. Der Direktor war nicht anwesend. Der Meister schloß dann einfach den Ankleideraum ab. Die Arbeiterinnen arbeiteten nun an diesem Abend länger und gingen am folgenden Morgen zum Direktor, dem sie erklärten, daß, weil das Material so schlecht geworden sei, und sie auch tagsüber warten müßten, nicht überarbeiten könnten. Dem Direktor gefiel das nicht. Unter anderem sagte er, daß er bei anderer Gelegenheit daran denken werde. Wenn es mal wieder schlechter gehe, ließe er einfach den Betrieb ruhen. — Ein Beweis, daß das Material schlechter geworden war, kam bei der nächsten Lohnung, wo Arbeiter, trotzdem sie drei Stunden mehr Arbeitszeit hatten, noch eine Mark weniger Lohn hatten. An den folgenden Abenden gingen die Arbeiterinnen, ohne noch überzuarbeiten, nach Haus; es wurde auch nichts mehr gesagt. Die Arbeiter an den Spinnmaschinen, die mit weniger Arbeitskräften nicht mehr arbeiten konnten, gingen auch. Am 12. dieses (Sonntag), sollten nun die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen werden, überzuarbeiten. Schon am Vormittag hatte der Meister einzelnen gesagt, daß an dem Abend nicht eher entlohnt würde, bis Schluß sei; darum müßt ihr wohl länger arbeiten. Auch der Ankleideraum war an diesem Abend wieder geschlossen. Als aber die Arbeitszeit zu Ende war, gingen die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Hause. Die Arbeiterinnen rittelten an der geschlossenen Tür des Ankleideraumes und diese sprang auf. Ein Arbeiter ging auf's Kontor, um sein Geld zu holen; die Arbeiterinnen waren noch beim Ankleiden. Der Direktor sagte, in dem guten Glauben, daß die andern, die im Betrieb auf ihren verdienten Lohn warteten, am Arbeiten seien, der Meister solle es holen. Der Herr Direktor Böger ging nun in den Betrieb, und als er die andern Arbeiter alle da stehen sah, fragte er nachmal, warum sie nicht überarbeiten wollten. Die Arbeiter sagten, daß sie es wegen des schlechten Materials nicht

täten; wäre das Material gut geblieben, hätten sie überarbeitet. Aber auch die Arbeiterinnen täten es nicht, und sie könnten doch nicht mit weniger Personen arbeiten. Darauf meinte der Direktor: „Aber die Arbeiterinnen tun es doch heute Abend.“ Da kamen die Arbeiterinnen aus ihrem Ankleideraum. Die erste wurde vom Direktor gleich angefahren: „Sofort gehen Sie wieder an Ihre Maschine, sonst werden Sie bestraft.“ Auch sagte noch der Herr: „Ich habe doch dem Meister extra gesagt, den Ankleideraum abzuschließen.“ Inzwischen hatte der Meister das Geld abgeholt, wurde aber vom Direktor zurückgeschickt. Die Arbeiter erhielten an diesem Abend kein Geld.

Die oben angeführte Äußerung des Direktors, daß er bei Gelegenheit daran denken werde, sollte nicht lange auf sich warten lassen. Zwei Tage nach den oben geschilderten Vorgängen mußte der Betrieb wegen Kesselreparatur etwas eingeschränkt werden. Der Direktor Schr. sagte da zu den Arbeitern, fast ausschließlich gute Mitglieder unserer Bewegung, man könne es ihm nicht verdenken, daß er jetzt auch die herausnehme, die nicht überarbeiten wollten. Dabei sind doch nur wenige von denen, die nicht überarbeiten wollten, betroffen. Dabei kommen ferner gerade die leichtesten Maschinen in Betracht. Wenn die Firma doch wohlwollend sein will gegenüber ihren Arbeitern, warum wurden nicht die schweren Maschinen genommen, wo eine solche gerade soviel Kraft gebraucht, wie zwei von den andern. Auch mit dem Achtstundentag für Arbeiterinnen an den Samstagen wird es bei dieser Firma nicht so genau genommen, ist es doch keine Seltenheit, daß die Arbeiterinnen an diesen Tagen gerade so lange arbeiten, wie die Arbeiter. Doch davon später einmal.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Schon allein das hier Geschilderte zeigt uns, daß auch hier noch vieles gebessert werden muß. Wir können aber nur eine Besserung unserer Lage erreichen, wenn wir einig, wenn wir geschlossen dastehen. Darum rufen wir den noch unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Schließt Euch mit uns zusammen; der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin, hinein in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Mülheim (Ahein). Ueber „Thema“ darf nicht gesprochen werden. An diesen Ausdruck, mit dem ein untergeordneter Polizeibeamter einmal eine Versammlung verboten haben soll, wurden wir in einer Versammlung erinnert, welche das Kartell der „freien“ Gewerkschaften für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Christoph Andreas, auf den 11. März einberufen hatte. Ueber den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Die bevorstehende Aussperrung“, sollte Frau Suchacz aus Köln sprechen. Die Versammlungsbesucher waren denn auch sehr gespannt, genaueres über Ursachen und Verlauf der Färbereibewegung und des Streiks der Färbereibewegung sowie über die angeforderte Aussperrung zu hören. Und die Rednerin hielt auch einen längeren Vortrag, in welchem alles mögliche erwähnt wurde — nur nicht die bevorstehende Aussperrung und deren Ursachen, die Färbereibewegung. Nichts, aber auch gar nichts wurde darüber gesagt. Und so zogen denn die gepöppelten Versammlungsbesucher, mit der Kündigung in der Tasche, schon vor 8 Uhr mit langen Gesichtern und um nichts klüger als vorher, ihren häuslichen Penaten zu, Betrachtungen darüber anstellend, warum eigentlich in den meisten sozialdemokratischen Versammlungen über „Thema“ nie geredet wird.

Schweidnitz. Als die rapid steigenden Lebensmittelpreise die Arbeiter der Firma Rosenthal hier selbst im Herbst 1911 veranlaßten, in einer Eingabe eine 15%ige Lohnerhöhung zu beantragen, wurde diese, wie überall in Schleisien, schlankweg abgewiesen. Um aber ihr Entgegenkommen der Arbeiterschaft zu zeigen, führte die Firma ein Prämienystem ein, um so den fleißigen Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, mehr zu verdienen. Mißtraulich, wie wir nun einmal jedem Prämienystem gegenüber sind, beriefen wir eine Versammlung ein, um die Arbeiterschaft über die schädlichen Wirkungen der Prämienysteme aufzuklären und an dessen Stelle mehr Nachdruck auf Erlangung einer allgemeinen Lohnerhöhung zu legen. Doch die Textilarbeiterchaft von Schweidnitz achtete nicht auf den Warnungsruf, und die Versammlung konnte wegen schlechten Besuches nicht stattfinden. Wie recht wir damals mit unserem Mißtrauen gegen das Prämienystem hatten, sollte sich nur allzu bald zeigen. Nicht nur, daß diese „Bergünstigung“ nur den Weibern und Weberinnen zu gute kam und die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen keine Gelegenheit hatten, mehr zu verdienen, konnten selbst anerkannt tüchtige Weber nicht, oder vielleicht nur einmal im Jahre, in den Genuss der Prämie kommen. Ob einfaches Schneidezeug, oder abgepaßte Federn, die ein 40 bis 50 maliges auf die Maschine Klettern im Tage erforderten — das zur Erlangung der Prämie erforderliche Längemaß blieb sich gleich. Ganz abgesehen davon, daß Störungen des Stuhles selbst, sogenannten Prämienjäger, trotz ihrer regelmäßigen Ueber-schreibung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde pro Tag mitunter ein Schuppchen schlugen. Der Pferdeschuh des Prämienystems kam erst in den letzten Wochen so recht zum Vorschein. Mit dem neuen Direktor kam auch die Erkenntnis, daß die Löhne zu hoch und die Prämie zu leicht verdient werden kann. 5400 Mark sollen im vorigen Jahre an Prämie ausgezahlt worden sein, wovon ein Weber allein 270 Mark verdient haben soll. Das bestätigt aufs neue, daß das Prämienystem eine 1. gerechtheit in der Lohnzahlung bedeutet und zur Erzielung von Parabelöhnen führt, mit denen man bei Lohnforderungen vor der Oeffentlichkeit reamunieren kann. Ganz abgesehen davon, daß es Zwietracht und Mißgunst unter den Arbeitern hervorruft und die notwendige Einigkeit gefährdet.

Also die Stücklöhne waren zu hoch und den Arbeitern allzu leicht, die Prämie zu verdienen. Deshalb wurde eine Lohnreduzierung vorgenommen, die ganz bedeutend war. So z. B. sollten Artikel, für die es bisher pro Stück 1,80 oder 2,00 Mark gab, um 80 Pfg. herabgesetzt werden. Außerdem wurde eine höhere Meterzahl fertiger Ware pro Woche zur Erlangung der Prämie bestimmt. Das ging denn doch den bisher recht vertrauensseligen und gleichgültigen Weibern und Weberinnen über die Putzspur. Da von der Belegschaft bestimmten Kommission gelang es denn auch nach mancher Schwierigkeit, die Zurücknahme der Lohnreduzierung zu erwirken. Das Prämienystem bleibt allerdings noch bestehen und dürfte auch weiterhin noch manche unerfreuliche Wirkung zeitigen. Darum nahm Kollege Jungnickel aus Kerschadt D.-S. in unserer Mitgliederversammlung vom 11. März die Gelegenheit wahr, um die Anwesenden mit den Schattenseiten aller Prämienysteme bekannt zu machen. Desgleichen wies er darauf hin, daß die Löhne der Spulerrinnen in gewissen Betrieben außerordentlich niedrig sind. Er ermahnte des Weiteren die neu hinzugetretenen Mitglieder zu treuem Anhalten in der Organisation und reger Werbearbeit, damit es in nicht allzu fer — Zeit möglich würde, die endgültige Beseitigung des Prämienystems bezu. der Ertrag desselben durch eine allgemeine Lohnreduzierung durchzuführen.

Unterlauchringen. Ach, schau, Größ Gott, so, so, die Unterlauchringer lassen auch wieder mal etwas von sich hören! . . . wird so mancher Kollege oder Kollegin aus Nah und Fern beim Lesen dieser Zeilen denken. Jawohl, und zwar können wir diesmal „gute Kunde“ vermelden. Waren es die ersten Strahlen der Frühlingssonne, oder war es die zähe und opferwillige Agitationsarbeit unserer Mitglieder und Agitatoren, welche diesen schönen Erfolg zu Stande brachten? Einen Zuwachs von 20 neuen Mitgliedern haben wir in den letzten vier Wochen zu verzeichnen. Die Bestimmten unter uns befürchteten schon das Schlimmste für unsere Ortsgruppe, und nun dieser Erfolg!

Wir haben also in vier Wochen unsere Mitgliederzahl verdoppelt. Wir sind vorwärts gekommen, trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten, mit denen wir hier zu kämpfen haben. Und das Zauberwort, das uns geholfen hat? Es ist so einfach und leicht zu beschaffen. Es ist der Wille, der feste, unbegrenzte Wille, der keine Schwierigkeiten und Hindernisse kennt, für den es nur eine Lösung gibt: Vorwärts! Vorwärts! ja, so muß es auch jetzt und für alle Zukunft in unserer Ortsgruppe heißen. Kein Stillstehen, kein Zaudern und Wanken darf es fürderhin für uns geben. Nicht sprunghaft, nicht im Sturm wollen wir unsere Feste, die Arbeiterherzen von Unterlauchringen, erobern. Nein, langsam, gleichsam Schritt um Schritt, wollen wir auch hier unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung zum Siege verhelfen. Die eigenartige Charakterveranlagung der Bewohner des „Oberheintales“, der „Wälder“ bürgt uns für den Erfolg. In ihren Anschauungen konservativ und zäh am Alten hängend, halten sie aber auch das, was ihnen Herzenssache geworden, unverbrüchlich fest. So ist's, und so soll es auch bleiben in unserer Gewerkschaft. Und nun, frisch an's Werk! Viele Unorganisierte sind noch zu gewinnen. Stellen wir uns, besonders auch die Kolleginnen, willig in den Dienst der Agitation, damit wir noch im Laufe dieses Frühjahrs die 50 voll machen können. Freiwillige vor!

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Unfallversicherung im Jahre 1912. Nach dem Berichte des Reichsversicherungsamtes waren im Jahre 1912 über 28 Millionen Personen gegen Unfall versichert, wozu noch die bei den 14 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften, der Tiefbau- und der See-Vereinsgenossenschaft Versicherten kamen. In der Gesamtzahl, welche auch alle versicherten landwirtschaftlichen Unternehmer sowie die landwirtschaftlich im Nebenberufe beschäftigten Personen umfaßt, dürften etwa 3,4 Millionen Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert gewesen sind.

Es befanden im Berichtsjahr zum Zwecke der Durchführung der Unfallversicherung:

1. Berufsvereinsgenossenschaften: 66 gewerbliche mit 743 823 Betrieben und 9 846 599 versicherten Personen, 48 land- (und forst-) wirtschaftliche mit rund 5 434 100 Betrieben und 17 179 000 versicherten Personen, insgesamt 114 Berufsvereinsgenossenschaften mit rund 6 177 923 Betrieben und 27 025 599 versicherten Personen.

2. 190 Reichs- und Staats-Ausführungsbehörden für Reichs- und Staatsbetriebe (darunter 54 für die land- und forstwirtschaftliche Verwaltung) mit 890 994 versicherten Personen, 353 Provinzial- und gemeindliche Ausführungsbehörden mit 110 077 versicherten Personen, zusammen 543 Ausführungsbehörden mit 1 001 071 versicherten Personen.

Nach einer vorläufigen Ermittlung belief sich die Zahl aller im Jahre 1912 bei den Berufsvereinsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, Provinzial- und gemeindlichen Ausführungsbehörden angemeldeten Unfälle auf 742 472, die der erstmalig entschädigten auf 137 445.

Die im Jahre 1912 veranschagten Entschädigungen (Renten usw.) betragen nach einer vorläufigen Ermittlung 170 352 981 M.

gegen 165 370 623 M. im Jahre 1911,
" 163 326 820 " " " 1910,
" 161 332 900 " " " 1909.

Entschädigungen (Renten usw.) wurden im Jahre 1912 gezahlt oder angewiesen an:

905 785 Berlechte,
94 499 Witwen (Witwer) Getöteter,
115 362 Kinder und Enkel Getöteter,
4 417 Verwandte aufsteigender Linie Getöteter;

daneben erhielten im Jahre 1912:

15 171 Ehefrauen (Ehemänner);
32 920 Kinder und Enkel und
249 Verwandte aufsteigender Linie

als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstellungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 1 168 403 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung zugeflossen sind.

Briefkasten.

Bedburg. Bei der Redaktion ist kein Bericht von dort eingegangen.

Zurückgeblieben ist die Fortsetzung des Artikels über „Die Rolle der Wuppertaler Bandindustrie“.

Redaktionschluss. Des Osterfesttages wegen wurde die Redaktion für diese Nummer bereits am Samstag geschlossen.

Versammlungskalender.

Machen. 30. März, 7 Uhr, in Saal im Patronatssaal, Familienabend.
Wochst. 30. März, 10 Uhr, im Lokale Langenbergstraße, Abrechnung der Vertrauensmänner.
Ghenrot. 30. März, 3 Uhr, im Lokale „Zum Strauß“.
Schn. 6. April, 11 Uhr, bei F. Gindches.
Kaufbeuren. 29. März, 8 Uhr, im kath. Vereinshaus, Rosenau, Monatsversammlung.
M.-Gladbach-Hardtbroich. 5. April, 8 1/2 Uhr, bei Martin Busheinen, sehr wichtige Mitgliederversammlung.
M.-Gladbach-Wenn. 5. April, 8 Uhr, bei L. Wesers, Poeth, außerordentliche Mitgliederversammlung.
Dhtrup. 1. April, 7 Uhr, vierteljährliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
Rhehd. 30. März, 6 1/2 Uhr, bei Albert Paffen, Obenkirchenerstr. 35.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Peter Hillen in M.-Gladbach.
Rosa Bauknecht in Freiburg.
August Oberhoff in Barmen.
Jakob Rahmen in Bedburg.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Siebenbändchen 4.—10. Tausend: Reichsversicherungsordnung mit Einführungsgezet und Ausführungsbestimmungen für Preußen, Bayern und Baden. Der erläuternde Text und das höchst praktische alphabetische Sachregister sind verfasst von Volksbureauvorsteher Heinrich Dieck. 8° (536). Gebunden Mark 2.—. Volksvereinsverlag, G. m. b. H., M.-Gladbach.

Damaschke. „Die Bodenreform, Grundfäßliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not“, Verlag Gustav Fischer, Jena, 21.—25. Tausend, 8. durchgesehene Auflage, Preis 2,75 M.

In durchaus klarer, volkstümlicher Weise, für jeden Leser leicht verständlich, zeigt Damaschke in seinem Buche, in glücklichster Verbindung Theorie und Praxis, Vergangenheit und Gegenwart besprechend, die grundsäßlichen Ursachen unserer wirtschaftlich sozialen Notstände. Der Sehnsucht eines jeden, der es ehrlich mit unserem Volke meint, Aufklärung zu erhalten, unabhängig vom Streit der verschiedenen Interessen, gibt Damaschke Erfüllung, mit einem ausrichtsvollen Blick in eine glückliche Zukunft. Das Buch gibt überreichlich Anregung zu Besprechungen in Kollegenkreisen und sollte in keiner Bücherei eines Vereins, Verbandes oder einer Zahlstelle fehlen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die große Aussperrung im Krefelder Textil-industriebezirk. — Hornberger Schießungen. — Lohnarbeit in Futewerereien. — Vom Kapitel „Jugendbesch.“ — Feuilleton: Gesellen- und Meisterprüfung im weiblichen Handwerk. — Allgemeine Rundschau: Zur Schulentlassung. — Sey aber ist der Bann gebrochen! — Zur Entwicklung der Bergarbeiterorganisationen. — Christliche Gewerkschaften und evangelische Jugendvereine. — Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. — Der Streik in Menden beigelegt. — Neueste Statistik über die Arbeitgeberverbände in der Textilindustrie. — „Handlanger“ oder „Fachmann“? — Verachtete Generalfreikörperexperimente. — Ein dreifacher Schwindel. — Aus unserer Industrie: Bericht über die Lage der deutschen Textilindustrie. — Das Tüllelend. — Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika in Baumwollenwaren. — Aus dem Verbandsgebiete: An unsere Ortsgruppenvorstände! — Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Greiz. — Aus unseren Bezirken: Die Arbeiterinnenkonferenz in Mülhausen. — Der Jahresbericht des Saars Vogtland. — Berichte aus den Ortsgruppen: Cottbus. — Greven. — Mülheim. — Schweidnitz. — Unterlauchringen. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Unfallversicherung im Jahre 1912. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder.

agitiert für den Verband!